permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 26 / MÄRZ 1979 / PREIS: S 5.-

Die chinesische und vietnamesische Bürokratie sind der Hauptfeind der Massen!

KOMMENTAR SEITE 3

Veranstaltung

WOHIN GEHT CHINA?

DIE LETZTE ENTWICKLUNG IN CHINA UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE AUSSENPOLITIK - INSBESONDERE IN INDOCHINA

ZEIT: 14. MÄRZ 1979, 19.3o UHR

ORT: PORRHAUS, TREITLSTRASSE 3
1o4o WIEN, SAAL 63

INHALT

IRAN: Nein zum Referendum - Für die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Die iranische Revolution befindet sich in einem Stadium, in dem zwangsläufig die Auseinandersetzung zwischen der Khomeini-Regierung unter Bazargan und den linken Kräften des Landes im Mittelpunkt steht. Die Regierung versucht mit dem in Kürze stattfindenden Referendum über die Einführung einer "islamischen Republik" der andauernden Bewegung für eine Ausweitung der sozialen und politischen Errungenschaften, die Spitze zu brechen und diese Bewegung in legalistische Bahnen zu lenken. Einzig ein umfassendes revolutionäres Programm, welches die gesamten Aktivitäten und Forderungen der Massen umfasst und ihnen einen zentralen Ausdruck verleiht, kann verhindern, daß die iranische Revolution 'versandet' und das Land unter dem Schlagwort der "iranischen Republik" in das kapitalistische Staatensystem eingeordnet wird!

FORTSETZUNG AUF SEITE 13

FRANKREICH: Die Metallarbeiter zeigen den Weg!

Die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse haben in den vergangenen Wochen vielfach explosionshaften Charakter angenommen. Die bürgerliche Regierung unter Premierminister Barre sieht sich in ihrer Modernisierungs- und Umstrukturierungspolitik der Industrie einem wachsenden Widerstand der Arbeiter gegenüber. Die Metallarbeiter Lothringens und der Normandie haben sich dabei als kämpferischster Teil erwiesen. Sie sind heute die Avantgarde der französischen Arbeiterschaft. Das ist kein Zufall! Denn besonders die Metallarbeiter haben unter der um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu leiden. Im Zuge des Strukturierungsplans streben die Stahlbarone Hand in Hand mit der Regierung zahlreiche Betriebsschliessungen und ca. 25.000 - 30.000 Entlassungen für das Jahr 1979 an. Die Metallarbeiter stehen mit dem Rücken zur Wand! Denn wenn sie heute ihren Arbeitsplatz verlieren, dann werden sie auf unabsehbare Zeit in ein Heer von Arbeitslosen eingegliedert, das im Jänner 1979 nach offiziellen Angaben auf 1,356.000, nach Berechnungen der KP-Gewerkschaft CGT hingegen auf 1,804.700 Arbeitssuchende angewachsen ist.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Entlassungen...

Die Kündigungen bei Steyer und Ewig waren keine Einzelfälle, kein 'Ausrutscher' vom "Österreichischen Weg". Im Gegenteil - Entlassungen gehören heute bereits zum Alltag der kapitalistischen Wirtschaft. Allein in den letzten Wochen gab es in folgenden Betrieben Kündigungen oder stehen diese - zumindest nach Wunsch der Unternehmensleitungen unmittelbar ins Haus:

- o Eisert-AG (Heidenreichstein, NÖ) 550 Arbeiter und Angestellte wurden entlassen. Damit wird die Situation im Waldviertel noch weiter verschärft. Ersatzarbeitsplätze sind in der Umgebung keine vorhanden.
- o Zellstoff-FabrikRechberg (Kärnten) 250 Arbeiter haben seit Oktober (!) keinen Lohn mehr bekommen. Die Kündigungen stehen in nächster Zeit bevor. Die Fabrik liegt in der Region Eisenkappl, die mit 12% die höchste Arbeitslosenrate Österreichs aufweist.
- o Glanzstoff (St. Pölten, NÖ). Am 30. Sept. 1979 soll der Textilrayon endgültig geschlossen werden. Das bedeutet, daß hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße fliegen sollen.
- o Lapp-Finze (Graz) 70 Beschäftigte wurden entlassen. Der Betrieb wurde von einer BRD-Firma übernommen und nach Profitkriterien 'durchrationalisiert'.
- o VEW-Judenburg (Steiermark). Hier droht die Entlassung von 1.200 Arbeitern. Es kann jedoch sicher angenommen werden, daß der Personalabbau erst nach dem 6. Mai erfolgt.
- o Montana (Tirol). Bei der Tiroler Baufirma sollen 1.100 Arbeiter entlassen werden. Das Baugewerbe zählt zu den Branchen, in denen die Entlassungen im letzten Jahr über dem österreichischen Durchschnitt lagen, obwohl die Produktion gegenüber 1977 um 3,6% anstieg.
- o Baugesellschaft Auteried (Wien). Auch dieser Betrieb soll auf Kosten der Werktätigen saniert werden.

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/63, 1o2o Wien.

KOMMENTAR

DER EINMARSCH VON TRUPPEN DER VR-CHINA IN VIETNAM, DIE ANDAUERNDEN KAMPFHANDLUNGEN, DIE BEREITS ZEHNTAUSENDE TOTE GEKOSTET HABEN, SIND EIN DRAMATISCHER AUSDRUCK UND ZUGLEICH EINE ZUSPITZUNG DES LANGJÄHRIGEN KONFLIKTES ZWISCHEN DEN HERRSCHENDEN STALINISTISCHEN BÜROKRATIEN DER UDSSR UND DER VR-CHINA. DENN NACH EINER JAHRELANG GEÜBTEN 'NEUTRALITÄT' IN DIESER AUSEINANDERSETZUNG, HAT DIE VIETNAMESISCHE BÜROKRATIE SEIT EINIGER ZEIT POSITION AN DER SEITE DER KREML-BÜROKRATIE BEZOGEN.

WENN AUCH DIE INNERE ENTWICKLUNG CHINAS SEIT DEM STURZ DER SOGENANNTEN 'VIERERBANDE' UND DIE AUSSENPOLITISCHEN KONSEQUENZEN DIESER ENTWICKLUNG UND VERSCHIEBUNG INNERHALB DER CHINESISCHEN BÜROKRATIE, EINEN ZUSAMMENHANG MIT DEM EINMARSCH IN VIETNAM ERGEBEN, WÄRE ES DENNOCH FALSCH, DIE SCHLUSSFOLGERUNG ZU ZIEHEN, DASS EIN BÜNDNIS USA/VR-CHINA BESTEHT, DIE CHINESISCHE BÜROKRATIE DEMNACH ALS 'KNÜPPEL DES IMPERIALISMUS' IN INDOCHINA HANDELN WÜRDE.

Sicherlich, die Notwendigkeit die Wirtschaft des Landes technologisch weiterzuentwickeln, d.h. die relative Isolierung vom Weltmarkt aufzugeben, hatte auf der politischen Ebene für die herrschende stalinistische Bürokratie der VR-China die Konsequenz, jede Feindschaft gegenüber dem US-Imperialismus aufzugeben, womit die ohnedies absurde These von den 'beiden Supermächten', die die Menschheit bedrohen, fiel. Heute gibt es nur mehr einen 'Feind der Menschheit' - die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Ohne für die Zukunft etwas auszuschließen, kann aber heute nicht die Rede sein, von einem direkten Bündnis zwischen der VR-China und dem US-Imperialismus.

Der Imperialismus setzt heute noch immer auf die 'friedliche Koexistenz', d.h. er ist in der momentanen weltpolitischen Situation an der Aufrechterhaltung des Status quo mit der UdSSR interessiert. Wenngleich also die herrschenden Klassen der imperialistischen Staaten es nicht ohne 'Vergnügen' sehen, wenn sich zwei 'kommunistische' Staaten bekämpfen und wirtschaftlich und militärisch schwächen, haben sie kein unmittelbares politisches Interesse am chinesischen Einmarsch, stört dieser doch das labile System des Status quo mit der UdSSR, indem er die Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf diese selbst beinhaltet.

Es ist kein Zufall, daß der Einmarsch der chinesischen Truppen nicht auf die Zustimmung der imperialistischen Staaten stieß, ebensowenig wie die ständigen Beteuerungen der chinesischen Bürokraite, nach denen es sich um eine begrenzte militärische Aktion handeln würde, Zufall sind. Und es ist drittens kein Zufall, daß die Politik der chinesischen Bürokratie in den imperialistischen Staaten nur auf die offene Unterstützung von rechts-konservativen bis faschistoiden politischen Kräften stößt, deren Inhalt und Konzepte heute aber für die 'Weltpolitik' des Imperialismus keineswegs bestimmend sind.

Dieser Krieg hat seine Ursache in den bornierten, chauvinistischen Interessen der stalinistischen Bürokratien in Peking, Moskau und Hanoi, d.h. er ist eine Fortsetzung ihrer Politik, ihrer Widersprüche mit anderen Mitteln.

Es besteht kein Grund, die Beurteilung dieses Krieges mit einer anderen Methode vorzunehmen, als derjenigen, mit denen der Marxismus bisher Kriege beurteilt hat. Dieser Krieg kann allein von den Interessen des Proletariats in China und Vietnam, sowie von den Interessen der Weltrevolution ausgehend, beurteilt werden, wobei die Fragen des'ersten Schusses' bzw. der 'Grenzverletzung' völlig nebensächlich sind. Der internationale Stalinismus jeder Couleur hat auch in dieser Frage völlig mit den revolutionären Traditionen des Marxismus gebrochen und den kleinbürgerlich/reaktionären Standpunkt der Schuldigkeit dessen eingenommen, der den 'ersten Schuß' abgibt.

Für uns ist vor allem der Klassencharakter der beteiligten Staaten entscheidend, denn allein diese Grundlage der Einschätzung, kann die Frage beantworten, ob die Arbeiterklasse einer kriegführenden Partei, durch die Unterstützung 'ihres Landes' eine fortschrittliche Funktion erfüllt, nicht nur im geographisch begrenzten Bereich des Krieges, sondern im Sinne der Interessen der Weltrevolution!

Weder in China, noch in Vietnam übt die Arbeiterklasse die Herrschaft aus. Wohl wurde in diesen Staaten der Kapitalismus zerstört und ein System errichtet, welches im wesentlichen auf einer nicht-kapitalistischen Ökonomie basiert, doch schon im Befreiungskampf selbst, formierte sich eine stalinistische Bürokratie in beiden Ländern, die den Befreiungskampf ihren eigenen nationalbornierten Interessen unterordnete und nach dem militärischen Sieg über die pro-imperialistischen Kräfte, ein System der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Bauern errichtete.

Allein die Grundlagen der nicht-kapitalistischen Ökonomie erlauben - ebenso wie im Falle der Sowjetunion nach dem Siege der stalinistischen Konterrevolution über den Bolschewismus - von deformierten Arbeiterstaaten zu sprechen. Diese Bezeichnung stellt in keinem Falle eine Verharmlosung der konterrevolutionären Politik der herrschenden Bürokratien sowohl inner- als auch aussenpolitisch dar. Einzig die nicht-kapitalistischen ökonomischen Grundlagen dieser Staaten müssen gegen den Imperialismus [illegible]

werden, der sich auf die Interessen des Proletariats beruft, aber nicht die stalinistische Bürokratie.

Wenn anerkannt wird, daß die Aufgaben des Proletariats, sowohl in China, als auch in Vietnam, im Sturz der Bürokratie, in der Durchführung einer Revolution gegen die stalinistische Herrschaft liegen, die die Entwicklung dieser Staaten hemmt und den Interessen der Weltrevolution entgegengesetzt ist, dann kann diese Aufgabe im Falle eines Krieges zwischen diesen Staaten nicht aufhören zu bestehen. Im Gegenteil, gerade der Krieg muß dazu benützt werden, dem Ziel der Revolution näherzukommen.

Keine der beiden kriegführenden Parteien kann für sich beanspruchen eine auch nur im geringsten fortschrittliche Funktion zu erfüllen. Verweigert die chinesische Bürokratie schon lange den nationalen Befreiungsbewegungen jede Unterstützung, unterstützt sie konterrevolutionäre Regimes allein unter dem Gesichtspunkt der Feindschaft gegenüber der Sowjetunion, so hat die vietnamesische Bürokratie nicht nur im Befreiungskampf ihre Bereitschaft bewiesen, einen Status quo mit dem Imperialismus anzustreben, der allein ihren nationalistischen Interessen dienen soll. Erst unlängst hat sich die vietnamesische Bürokratie dem reaktionären südostasiatischen Militärbündnis angenähert und den konterrevolutionären pro-imperialistischen Regimes in dieser Region 'Nichteinmischung' zugesagt. Zwischen den beiden kriegführenden Staaten kann nicht der geringste qualitative Unterschied festgemacht werden. Der Krieg ist von beiden Seiten ein reaktionärer Krieg!

Von daher ergibt sich die Aufgabe für die vietnamesischen und chinesischen Arbeiter und Soldaten, die Gewehre umzudrehen und den Kampf gegen die 'eigene' Bürokratie zu richten, die der Hauptfeind der unterdrückten Massen ist! Allein der bewaffnete Kampf gegen die 'eigene' Bürokratie, die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten, die die Macht übernehmen und ausüben, entspricht den Interessen der proletarischen Weltrevolution!

3. März 1979

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Frankreich

DER KAMPF DER METALLARBEITER

Der Generalstreik der Metall(verarbeitenden)-Industrie vom 16.2. fasste alle jene Kampfformen zusammen, die die Metallarbeiter schon Wochen vorher auf lokaler Ebene in ihren Betrieben, in Gemeinden und Städten angewandt hatten. Er erstreckte sich auf die Provinzen Lothringens und der Normandie - den Zentren der französischen Stahl(verarbeitenden)-Industrie.

Der Generalstreik wurde zu einer Machtdemonstration der Arbeiter. Dabei begnügten sie sich nicht, ihre Betriebe zu bestreiken. Die Eisenbahnverbindungen wurden von ihnen gesperrt. Der Zugsverkehr kam zum Erliegen. Die Autobahnen wurden blockiert. Ebenso die Grenzposten in Lothringen. Die Strassenverbindungen nach Belgien, Luxemburg und in die BRD hinein waren unterbrochen. Sie besetzten die Büros der Unternehmervereinigungen. Lastwagenfahrer wurden angehalten und gezwungen, ihre Wagen vor den grossen Kaufhäusern abzustellen. Telefonzentralen wurden von den Arbeitern übernommen, usw. Dabei haben die Arbeiter die Solidarität der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. In Longwy (Lothringen) z.B., wurde der Generalstreik unter Sirenenzeichen und Glockengeläute angekündigt. Hunderte Autofahrer sind in den Strassen stehengeblieben, begrüssten den Generalstreik mit einem Hupkonzert und forderten die Bevölkerung auf, ihre Solidarität mit den Metallarbeitern zu beweisen. Ein junger Gewerkschafter von Longwy, bezeichnete der Zeitung 'Le Monde' gegenüber diese Entwicklung als eine "neue Strategie gegenüber einer neuen Repression."Die Unternehmer lassen uns die Gewalt der Entlassungen spüren und schicken uns die Polizei. Wir antworten darauf mit einer friedlichen Offensive, die aber genauso wirksam ist, wie die 'sit-ins' von Ghandi. Die zukünftigen Arbeitslosen Europas wissen von heute an, dass sie, wenn sie wollen, eine ganze Region lahmlegen können."

Tatsächlich hat der Generalstreik eine neue Qualität von Kämpfen hervorgebracht. Durch die Besetzung mehrerer Städte und durch die Paralysierung einer ganzen Provinz wie Lothringen, sind die Arbeiter über die Ebene des ökonomischen Kampfes hinausgegangen und haben eindrucksvoll ihre gesellschaftliche Stärke unter Beweis gestellt. Es entspricht dieser Dynamik, dass sich die Arbeiter der meisten anderen Industriebereiche in dieser Gegend, wie auch in der Normandie, der Bewegung angeschlossen haben. Auch die Mittelschichten in diesen Regionen nehmen vorerst eine solidarische Haltung zu ihr ein.

Allerdings blieb die aktive Solidarität der Bevölkerung auf Lothringen und auf die Normandie beschränkt. Ausser einzelnen Solidaritätsstreiks in anderen Teilen Frankreichs haben die Gewerkschaften - vor allem die zwei grössten: CGT und CFDT - und die reformistischen Parteien keine Initiativen für eine Ausweitung dieser Bewegung gesetzt. Im Gegenteil. Die KP-Gewerkschaft CGT und die SP-nahe CFDT wollten nach dem Generalstreik die Bewegung entschärfen. Sie sprachen sich für eine Strategie der Streiks und Betriebsbesetzungen aus, offensichtlich mit dem Ziel, die Arbeiter wieder von den Strassen und aus den Städten in die Betriebe zurückzuziehen. Sie versuchten, der Bewegung die politische Dimension, die in den Kämpfen zum Vorschein gekommen war, zu nehmen. Dieser (versuchte) Rückzug widersprach jedoch der Stimmung vieler Arbeiter und Gewerkschafter. Ein lokaler Verantwortlicher der CFDT in Longwy erklärte kritisch, dass "man jedes Mal geschlagen worden ist, wenn man in der klassischen Art gekämpft hat."

DIE BEWEGUNG NACH DEM GENERALSTREIK

Einige Tage nach dem 16. Februar griffen die Proteste auf das Departement Loire über. In dieser Gegend stieg die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 22% an. Am 20.2. demonstrierten nach Angaben der Gewerkschaften 80.000 bis 100.000 Beschäftigte - die höchste Beteiligung in dieser Region seit mehr als 10 Jahren. Wieder wurden, ähnlich wie in Lothringen, Eisenbahnverbindungen, Autobahnen, wichtige Verkehrsknotenpunkte blockiert. Die Gewerbetreibenden sperrten ihre Läden zu. In St. Etiennes marschierten 40.000 bis 50.000, in Rouanne 6.000 Arbeiter. Die Eisenbahner, die Postbediensteten, die Angestellten der Sozialversicherung, die Bergarbeiter usw. streikten ebenfalls. Die gesamte Region war lahmgelegt. Zur gleichen Zeit kam es in Lothringen wieder zu Auseinandersetzungen und in Rouen attackierte die Polizei einen Demonstrationszug der Beschäftigten des Unternehmens 'Kiwi', wobei 4 Demonstranten durch Tränengasgranaten verletzt wurden.

Am 23. Februar besetzten Metallarbeiter in Valenciennes die Bahnhöfe der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF und leerten den Inhalt eines Güterzuges, der Kohlen aus der BRD transportierte, auf die Geleise. Andere Metallarbeiter besetzten neuralgische Punkte in der Stadt und blockierten den Verkehr. In Aulnoy besetzten 250 Metallarbeiter am gleichen Tag den Bahnhof, sperrten den Zugsverkehr und entleerten einen Zug mit ca. 100 Tonnen Milchprodukten. In Denain übernahmen die Metallarbeiter den dortigen Bahnhof eine Stunde lang, während in Lourches die Postangestellten (!) den Bahnhof besetzten.

Militante Mitglieder der CFDT eigneten sich ebenfalls am 23.2. den Fernsehsender in der Nähe von Longwy an, zeigten Dia-Positive über die Auseinandersetzungen und verbreiteten Aufrufe gegen die Arbeitslosigkeit. Daraufhin liess der Präfekt die Stromzufuhr abschalten - die ganze Region konnte somit kein Fernsehen empfangen. Wenige Stunden später, am 24.2. um 2.00 Uhr in der Früh, umstellten 150 mobile Gendarmen den Sender, **'vertrieben'** die sich kampflos zurückziehenden 50 Arbeiter und nahmen die Dias an sich. Doch bereits nach einer weiteren Stunde hatten sich 500 Arbeiter versammelt und beschlossen, den Sender zu stürmen. Ein Lautsprecherwagen fuhr in die Stadt Longwy und alarmierte die Arbeiter. Ein Bulldozer wurde requiriert, ein Lastwagen mit Kalk wurde von den Arbeitern am Zugang des Fernsehsenders als Rückenabdeckung postiert. Die Belegschaft eines benachbarten Betriebes hatte jedoch den in der Zwischenzeit von der Polizei wieder geräumten Sender bereits besetzt. Die 500 Arbeiter zogen sich in die Stadt zurück und beschlossen, das Polizeigebäude in Besitz zu nehmen. Arbeitergruppen, mit Helmen und Eisenstangen bewaffnet, schlossen sich ihnen nach einem vorher ergangenen Aufruf an. Wieder wurden 'militärische' Vorbereitungen getroffen. Die Ausfallstrassen der Stadt wurden mit mehreren Lastwagen blockiert, um den Anmarsch von Polizeiverstärkungen zu erschweren. Um 6.oo Uhr morgens begann der Angriff auf das Polizeigebäude. Mit einem Bulldozer versuchten die Arbeiter, die Eisentür des Kommissariats einzudrücken. Es entwickelte sich mehr als zwei Stunden lang ein regelrechter Strassenkampf, wobei die Polizei durch massiven Einsatz von Tränengasgranaten den Angriff abwehren konnte. Sieben Einsatzwagen der mobilen Gendarmerie konnten die Strassensperren überwinden und verstärkten das anwesende Polizeikontingent. Mehr als 2.000 Demonstranten in Longwy zeigten eindrucksvoll ihre Entschlossenheit, auch gegenüber der Polizei nicht zurückzustecken.

CFDT-Mitglieder sind in Longwy nun darangegangen, ein eigenes Radio - ein Arbeiterradio - zu schaffen. Es hat eine Sendezeit von 30 Minuten am Tag und steht im Dienste des Kampfes der Metallarbeiter. Die Initiatoren, die diese Arbeit illegal und geheim leisten müssen, erklärten zu ihren Aktivitäten: "Man weiss, dass wir (...) das erste Arbeiterradio von Frankreich sind. Aber wir wollen kein workeristisches Radio sein: Wir führen Rubriken der Kultur, der Geschichte, des gesellschaftlichen Lebens ein... Aber es bleibt mangels Zeit schwierig: Wir sind Arbeiter, die das nach unserer Arbeit machen..." Derartige Ansätze unterstreichen die Entwicklung der Kämpfe in die Richtung einer Bewusstwerdung der Arbeiter über ihre soziale und politische Situation.

Die Vorfälle vom 24.2. waren der vorläufige Höhepunkt im Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die bürgerliche Regierung Barre. Aber so sehr auch die Bewegung kämpferisch ist, so sehr ist sie auch regional begrenzt. Die Zentren der Bewegung liegen ausschliesslich in Lothringen, in der Normandie und in der Provinz Loire. Die Bewegung repräsentiert nur eine kleine, sehr aktive Minderheit der französischen Arbeiterklasse. Die Abwehrbereitschaft des Gros der Arbeiter wächst zwar - so haben die Eisenbahner einen Streik vom 6.3. - 8.3. angekündigt - aber die Kämpfe sind über die drei Regionen hinaus uneinheitlich, zersplittert und weisen vor allem eine sehr unterschiedliche Radikalität auf. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann nur von der gesamten Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden. Und da steht es noch keineswegs fest, dass sich die Bewegung national verbreitern wird.

Schliesslich ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht nur eine Frage der Kampfformen, sondern er ist zumindest ebenso eng mit der Frage der Perspektiven, der Ziele dieser Bewegung verbunden. In diesem Zusammenhang steht über der Spontaneität, über der hervorragenden Kampfkraft der Bewegung das Fragezeichen der politischen Entwicklung, die ihren weiteren Verlauf völlig offen lässt.

DIE BEWEGUNG UND DER REFORMISMUS

Die Parteien KPF und SPF sowie die reformistischen Gewerkschaftsspitzen haben, wie nichts anderes zu erwarten war, keine besonders grosse Freude an dieser eindrucksvollen Verschärfung der Klassenkämpfe. Die KP-Gewerkschaft CGT hatte die ersten militanten Kämpfe der Metallarbeiter (siehe 'pr' 24/25) als von "Berufsrevoluzzern und äusseren Elementen" hervorgerufen, als "linksradikale Provokationen" denunziert. Der KP-Parlamentsabgeordnete von Longwy M. Porcu appellierte nach den Strassenkämpfen vom 24. 2.1979 demagogisch an die rebellierenden Arbeiter: "Unkontrollierte Gruppen versuchen die öffentliche Meinung aufzuwiegeln. Lasst euch das nicht gefallen." Aber die Warnungen und Ratschläge der Reformisten vor dem 'unbedachten' Radikalismus verhallen heute weitgehend wirkungslos. Die Gewerkschaften und die reformistischen Parteien haben durch die Wahlniederlage der 'Linksunion' im Jahre 1978 und durch die faktische Auflösung des Bündnisses von KP und SP, einigen Einfluss in der Arbeiterklasse verloren. Zum anderen - und das ist ein bestimmender Faktor für die Radikalität der Bewegung - haben die Reformisten durch die ausgesprochen harte Haltung der Regierung augenblicklich keine Gelegenheit, den Metallarbeitern irgendwelche faulen Kompromisse vorzulegen, mit denen sie die Bewegung eindämmen und spalten könnten. Während die Gewerkschaften sehr wohl darauf aus sind, mit der Regierung in "wirkliche Verhandlungen" zu treten, hat Premierminister Barre nach dem Generalstreik vom 16.2. seine Haltung bekräftigt, dass er "die beschlossenen Pläne nicht wieder in Frage stellen" wird. Auch die Gespräche zwischen den Metallgewerkschaften und dem Industrieminister Giraud am 23.2. fielen ergebnislos aus. Die Regierung spekuliert mit der regionalen Beschränktheit der Bewegung und mit der Abwiegelungspolitik der reformistischen Parteien. Sie schaltet auf hart und setzt sich offensichtlich ganz bewusst der Gefahr einer Verschärfung der Klassenkämpfe aus. 'Le Monde' bringt die Risken einer solchen Vorgangsweise und ihre Kritik an der starren, unnachgiebigen Haltung der Regierung auf einen Nenner: "Die sozialen Explosionen werden mangels eines soliden Verhandlungsrahmens und dem beschränkten Charakter der gewerkschaftlichen Repräsentativität Rechnung tragend unvorhersehbar und schwierig zu kontrollieren."

Die Reformisten sind wegen des Fehlens eines solchen "soliden Verhandlungsrahmens" gezwungen, sich widerwillig an der Bewegung zu beteiligen. Sie haben momentan keine andere Wahl, wollen sie sich nicht in den Augen der Arbeiter hoffnungslos diskreditieren. Die CGT Lothringen hat der CGT-Zentrale sogar einen "Marsch nach Paris" für den Monat März vorgeschlagen. Die CFDT wiederum möchte, ohne eine solche Aktion grundsätzlich abzulehnen, unter der zentralen Parole "weniger arbeiten, damit alle arbeiten und besser leben" eine Kampagne für die 35-Stunden-Woche durchführen. Ihre führenden Funktionäre haben eine "nationale Woche der Aktion" in der Zeit vor Ostern zur Diskussion gestellt. Die CGT steht diesem Plan vorläufig positiv gegenüber.

Zweifellos sind diese Vorschläge auf den wachsenden Druck der kämpfenden Arbeiter zurückzuführen, dem sich die reformistischen Führungen nicht entziehen können und der von ihnen taktische Zugeständnisse abverlangt. Es wäre aber ziemlich naiv, diese Vorschläge, von denen sich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung immer mehr in den Vordergrund schieben wird (so haben sich z.B. auch die Bankangestellten für eine 35-Stunden-Woche ausgesprochen), als brauchbare Perspektiven für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit anzusehen. Sicherlich kann die von den Gewerkschaften der CFDT und CGT geforderte Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stunden-Woche einen positiven Ansatz für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit abgeben. Aber nur dann, wenn sie mit der Stossrichtung der Wiederaufnahme aller Arbeitslosen in den Arbeitsprozess, d.h. mit der Forderung nach Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, verbunden wird. Die Arbeiterklasse muss für sich das Kontrollrecht über die Aufteilung der Arbeit beanspruchen, denn die Bourgeoisie wird alles daransetzen, eine solche Entwicklung zu sabotieren und zu hintertreiben. So ist gerade das 'Frisieren' von Statistiken über die Arbeitslosigkeit und Inflation eine bewährte und besondere Spezialität der französischen Kapitalisten. Man erinnere sich nur an die aufgedeckte Fälschung des Premierministers Barre voriges Jahr über die Zahl der Arbeitslosen. Nur eine direkte, von Arbeiterkomitees ausgehende Kontrolle, kann solche gefährlichen Manipulationen verhindern - und vor allem, nur sie vermögen den Kampf gegen den Lohnraub und die Arbeitslosigkeit auch zu organisieren! Und nicht zuletzt, das haben die jüngsten Ereignisse in Longwy und Rouanne besonders deutlich aufgeworfen, müssen die Arbeiter der Gewalt der Bourgeoisie Rechnung tragen, die keine Hemmungen hat, ihren Gewaltapparat gegen die Arbeiter einzusetzen. Die Selbstverteidigung ist vor allem für die Metallarbeiter zu einer aktuellen Aufgabe geworden!

Die Reformisten denken gar nicht daran, die Arbeiterklasse auf diese Aufgaben vorzubereiten. Die KP lässt durch ihren Abgeordneten Porcu verkünden, dass die Regierung Barre durch ihre Massnahmen die französische Stahlindustrie in verstärkte Abhängigkeit vom Ausland und "besonders zu den westdeutschen Trusts" bringt. "Das kann kein Patriot akzeptieren." Die chauvinistische Politik der KPF ("Nein zu einem deutschen Europa"), die im wirtschaftlichen Bereich in die Alternative des "französischen Produzierens" mündet, hat nichts mit den Interessen der Arbeiterklasse gemein. Sie ist die Konsequenz der Klassenzusammenarbeit der KP, die nur anders formuliert wird. Tatsächlich ist sie ja - und mit ihr auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften - bereit, mit der bürgerlichen Regierung über die Krise der Stahlindustrie zu verhandeln und hinter dem Rücken der Arbeiter Abmachungen mit ihr zu treffen. Barre hat aber momentan kein Interesse, ihnen entgegenzukommen.

LUTTE OUVRIER UND LCR - KAUM IN DER LAGE DEN KÄMPFEN DER ARBEITERKLASSE EINE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE ZU GEBEN!

Die Alternativen der beiden einflussreichsten Organisationen der extremen Linken, die sich auf den Trotzkismus berufen - die LCR (Sektion des 'Vereinigten Sekretariates') und die LO ('Lutte Ouvriere' - 'Arbeiterkampf') - nehmen sich ziemlich bescheiden aus. Die LO hat in den letzten Wochen, so unglaublich es auch klingt, keine anderen Perspektiven entwickelt als die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehr der Krise. 'Kämpferische' Ratschläge flankieren ihre 'Strategie'. Die Arbeiter müssten, um die Unternehmer und die Regierung zum Rückzug zu zwingen, den "Willen zu siegen, die tiefe Wut, die Bestimmtheit, dass nichts sie aufhält" entwickeln. Kein Versuch, den Unterschied, die Kluft zwischen den radikalen Kampfformen der Metallarbeiter und ihren diffusen Zielen zu überbrücken. Die LO ersetzt die Methode des Übergangsprogrammes durch Empirie und 'kämpferische' Plattheiten.

Die LCR hat immerhin auf der ersten Sitzung ihres neuen Zentralkomitees die grundsätzlichen Achsen ihrer Politik gegen die Arbeitslosigkeit angegeben. Die zwei grundsätzlichen Forderungen, die sie heute aufstellt und die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betreffen, sind: "Nein zu den Entlassungen!" und "35 Stunden für alle ohne Lohnverlust!". Diese Plattform soll in den jeweiligen Bereichen präzisiert werden. Sie setzt damit an den gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung an, ohne aber darüber wesentlich hinauszugehen. Auch sie verzichtet darauf, die Beschränktheit dieser Forderungen aufzuzeigen und Übergangsforderungen einzubringen.

Auch wenn sich die reformistischen Kräfte heute der Bewegung der Metallarbeiter anpassen müssen, so bedeutet das keineswegs, dass die Arbeiter ihre parlamentarischen Illusionen und ihre Illusionen in den Reformismus überwunden haben.

Für sie stehen derzeit zwar weder Wahlkampf noch irgendwelche von den Reformisten erzielte Kompromisse zur Debatte. In dieser Situation konnte sich die Bewegung der Metallarbeiter entfalten. Die weitere Entwicklung, besonders die Ausdehnung der Kämpfe über ganz Frankreich und die Diskussion um die zentralen Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit, wird in erster Linie davon abhängen, inwieweit die Arbeiter ihre relative Unabhängigkeit von den reformistischen Apparaten beibehalten und ausweiten können! ●

Film:
»Messer im Kopf«
Die Gemeinsamkeit der Angst

"Ich bin Du!" Angst im verblödeten Gesicht des Polizisten, der vor dem auf dem Boden liegt, den er Monate vorher in den Kopf geschossen, dessen Ich er ausgelöscht hat. Und die Anerkennung seiner Angst durch den von ihm zerstörten Menschen läßt ihn befreit - nicht zynisch - grinsen. Am Schluß bleibt also die Angst zweier Menschen. Die des ausgelöschten, der nach dem Schlag des Polizisten irgendetwas auf dem Boden Liegendes hilflos gegen den Schlagenden richtet, und die des Schlagenden, der, durch eine scheinbar über allem stehende bedrohliche Macht gelenkt, schließlich schießt. Auf einen "Terroristen". "Ich bin Du". Die Angst ist am Schluß schließlich das Gemeinsame. Ich kann Du sein.

Der Schluß des Films ist das bestimmende politische Moment seiner Aussage, und dieses Moment ist politisch resignativ. Über den agierenden, von der Angst geprägten Menschen, besser gesagt, nicht über, sondern mitten unter ihnen, steht und funktioniert ein System von Kontroll- und Überwachungsmechanismen, allmächtig und allwissend, auf die geringste Regung seine zynischen, verblödeten Beamten ausschickend und sie - bei entsprechend loyalem Verhalten - auch 'schützend' vor den Folgen einer nach dem Gesetzbuch 'strafbaren Handlung'.

Die politische Aussage des Films ist also resignativ. Sie kommt jenen politischen Tendenzen entgegen, die in der ungeheuren, nach innen gerichteten Aufrüstung des BRD-Staatsapparates, des präzisen Einsatzes der höchstentwikkelten kapitalistischen Technologie zu Überwachungs- und Fahndungszwecken, eine 'schleichende Faschisierung' zu erkennen glauben. Die Entwicklung der BRD in den letzten Jahren in Richtung Polizeistaat wird von den Menschen einer Klassengesellschaft, also von den Klassen, entrückt verstanden und dargestellt. Was bleibt - und das ist sicherlich nicht wenig - ist ein mit unzähligen Computern ausgerüsteter Staatsapparat, in dem die Menschen zur Technologie, zu den Unterdrückungsmechanismen gehören. Schließlich aber ein Staatsapparat, der 'allem Menschlichen' entrückt. Klassengegensätze, Klasseninteressen lösen sich auf in der Gemeinsamkeit der Angst, die im Film als das eigentlich Bestimmende dargestellt wird, ist sie doch Anfang und Ende. Der Zerstörte und der Zerstörende sind gewissermaßen durch das ihnen Gemeinsame - die Angst - austauschbar.

Hofmann steht für Tausende. Aus der Studentenbewegung kommend, den Weg zum "Marxismus/Leninismus", zum "Wir spielen KPD in der Weimarer Republik" nicht gehend - 'guten Beruf' - die Entwicklung zum starken Staat sehend, der die Arbeiterklasse nicht nur nichts entgegensetzt, sondern, 'Bild'-entsprechend, dem 'Todesschuß' das Wort spricht, ist er ein zwitterhaftes Wesen - Sehender, aber nicht Handelnder. Bedroht, aber nicht reagierend.

Am Beginn des Films sagt Hofmann, wenn wir nicht irren: "Ein durchschnittlicher Amerikaner an meiner Stelle würde wie wild aus dem Fenster schießen." Keine Aussage konnte die Figur Hofmann treffender kennzeichnen.

"Messer im Kopf" ist ein Film, der nicht zufällig aus der BRD kommt, und dessen Inhalt und Aussage typisch für die politische Situation in diesem Lande sind. Der bei einer Razzia gegen ein Jugendzentrum in den Kopf geschossene Biochemiker Hofmann (ohne aktives politisches Engagement kommt er in die Razzia, weil er seine Frau sehen will, die in dem Jugendzentrum tätig ist) kämpft in der Intensivstation darum, sein Ich wiederzufinden, lernt sprechen, essen, Gefühle auszudrücken... Dies ist der eigentliche Film, und jede weitere Handlung und Aussage ist diesem Existenzkampf eines Zerstörten zugeordnet. Also vordergründig kein politischer Film. Und dennoch - es ist mehr als ergreifend, das Ringen Hofmanns zu sehen, handelt es sich doch um einen Menschen, der unter bestimmten politischen Bedingungen und Zuständen zerstört wurde. Und daher eben doch ein politischer Film. Doch wir sehen dahinter, dorthin, wo die offene politische Solidarität nicht kommen kann. Der Film beginnt also eigentlich dort, wo die 'normale' Darstellung des politischen Kampfes in entsprechenden Filmen nicht hinkommt. Die Darstellung der Einsamkeit des Getroffenen, vom 'Apparat' Zerstörten, muß zwangsläufig resignativ werden, auch wenn die BRD-Realität im Film (der 'harmlose' Hofmann wird gezielt zum "Terroristen" aufgebaut, weil ein "Terrorist" benötigt wird) durchaus deutlich wird.

Die Kritik an der Linken, die im Film allerdings fraglos verzerrt und nur in einer ihrer Facetten dargestellt wird, mag teilweise zutreffen, doch mündet sie wieder in das resignative Gesamtbild, weil jegliche Alternative fehlt. Ist es wirklich nur die 'Gier', ein Opfer der Unterdrückergesellschaft 'präsentieren' zu können, die die Solidarität mit Hofmann erzeugt? Wir glauben es nicht, und auch "Messer im Kopf" kommt schließlich nicht zu einer Beantwortung der Frage, warum jene Szenerie rund um das Jugendzentrum (weit abstoßender ist doch die 'Intellektuellen'-Linke, die angesichts der Terror-Hetze ihren Opportunismus 'wissenschaftlich' zu argumentieren begann) überhaupt nur einen Finger für Hofmann rührt. So bleibt wieder ein Istgleichzeichen. Auf der einen Seite der brutale Hüter von 'Demokratie und Freiheit', der das Messer in den Kopf Hofmanns pflanzen muß (um die Anklage abzusichern), auf der anderen Seite 'die Linke', die das verhindern will... Der Film ergreift nur Partei für den im Grunde genommen insgesamt von Feinden umgebenen Menschen Hofmann und zerstört damit das, was er selbst an tagtäglicher BRD-Realität (wobei das Land durchaus ausgetauscht werden könnte) zeigt. Selbst mit der Wahl der Figur Hofmann kommt die tiefe Resignation des Films zum Ausdruck, denn dieser ist doch in jeder Beziehung 'unbeteiligt', hat eigentlich schon aufgegeben. Doch was ist mit jenen, die nicht resigniert haben, jenen, die nicht mehr oder weniger zufällig in eine Polizei-Razzia kommen? Hunderte und Tausende wurden und werden - auf die eine oder andere Art - zerstört. Sie kommen mit den unterschiedlichsten Grundlagen, Vorstellungen und politischen Zielen (die wir hier nicht bewerten wollen) zum Kampf gegen das Unterdrückersystem. Ist also die Zerstörung des Günter Sonnenberg, den 'sie' mit zerschossenem Gehirn vor 'ihre' Tribunale geschleppt haben, 'weniger schlimm' als die Hofmanns? Auch wenn wir einen gut gemachten und bedrückenden Film gesehen haben, bleibt alles offen. "Messer im Kopf" weicht dort, wo mehr als Nebenhandlung nötig ist, um die Wahrheit zu sagen, auf die Ebene des 'einsamen Menschen' aus, die willkürlich von der gesamtgesellschaftlichen - abstrakten, unmenschlichen? - getrennt wird. Die wesentliche Frage: Was kann, soll und muß Hofmann machen, daß morgen nicht Zehntausende Hofmanns in Konzentrationslagern, Isolationszellen, Verwahrungsanstalten und Ähnlichem ihrem Ende entgegenwarten, bleibt nicht nur unbeantwortet. "Messer im Kopf" stellt sie nicht!

Spanien: Stabilisierung der Bourgeoisie

Spanien vor dem 1. März: Weit über eine Million Arbeitslose und keine Aussicht - vor allem keine Absicht der spanischen Kapitalisten, - dass die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Die Suarez-Regierung praktizierte seit dem Moncloa-Pakt mit Unterstützung der PSOE und PCE eine harte Restriktionspolitik, um der riesig angewachsenen Inflation Herr zu werden. Letztere konnte auch einigermassen in den Griff gebracht werden. Von den früheren 26,4% vor 1977/78 sank die Steigerung der Lebenshaltungskosten 1978 offiziell (!) auf 14 - 17% ab. Die Arbeiter haben davon allerdings recht wenig gehabt. Die Gesamtmasse der Löhne ist gesunken, da die Zahl der Arbeitsplätze 1978 weiter reduziert worden ist. Das ist überhaupt eine der wesentlichsten Erfahrungen, die die spanischen Arbeiter im vergangen Jahr machen mussten: Die fraglichen Vorteile (hauptsächlich für die Bediensteten im Öffentlichen Dienst, deren Gehälter überdurchschnittlich erhöht wurden, und in der Landwirtschaft, wo auf Grund der guten Ernten 1978 die Einkommen vorwiegend der begüterten Bauernschaft gestiegen sind. Dies sind auch jene Bevölkerungsschichten, die die Basis für den 'Reformkurs' der Suarez-Regierung abgeben) der sinkenden Inflationsrate,wurden mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit erkauft. Gerade die schwächeren Schichten des Proletariats - die Arbeiter von Klein- und Mittelbetrieben, die Frauen, die Arbeiterjugendlichen und die Arbeiter der unterdrückten Nationalitäten - sehen sich der Krise am stärksten ausgesetzt.

Das Jahr 1978 hatte dem spanischen Kapitalismus zwar einige Erleichterungen, vor allem im Exportgeschäft, gebracht (plus 12%, das Bruttosozialprodukt ist um 3% gestiegen), insgesamt war und ist seine Situation aber äusserst labil. In zentralen Branchen ist der Produktionsapparat veraltet und international konkurrenzunfähig. Stahl, Schiffbau, Automobil- und Textilindustrie sind besonders betroffen. Mit einer restriktiven Kreditpolitik hat die Regierung bereits zügig damit begonnen, die alten Strukturen 'auszumisten'. Die Insolvenzen von Klein- und Mittelbetrieben nahmen im vergangenen Jahr deutlich zu, der Druck der spanischen Kapitalisten, die Belegschaftszahlen ihren Profitbedürfnissen 'anzupassen', steigt stark an.

NICHTS NEUES BEI DEN REFORMISTEN

Dieses Jahr 1978 war für die spanischen Kapitalisten nicht zuletzt deswegen weniger erfolglos, als früher angenommen, weil es gelungen war, die Lohnforderungen der Arbeiterklasse in den im Moncloa-Pakt ausgefeilschten Grenzen zu halten. Die Streikkämpfe flauten ab und die Arbeiter hielten sich an die Empfehlungen der Regierung und der Reformisten, keine Lohnforderungen über 20% zu stellen (die Inflationsrate betrug 1977 über 26% !). Die Abmachungen wurden damals bis zum Referendum (Dezember 1978) befristet. Das Wiederaufflammen der Arbeitskämpfe danach zeigt zwar auf der einen Seite die Ungebrochenheit des Widerstandwillens der spanischen Arbeiter, zum anderen jedoch drückt sich dabei ihr Nahverhältnis zu den reformistischen Parteien PCE und PSOE, bzw. den von ihnen beherrschten Gewerkschaften CCOO und UGT aus. In der Region Madrid und in den Provinzen Vizcaya und Navarra standen im Jänner/Februar rund 200.000 Metallarbeiter im Streik. Die Fluglotsen, Eisenbahner, die Versicherungsangestellten, das Personal der Müllabfuhr, der staatlichen Krankenhäuser u. a., legten ebenfalls für einen vollen Ausgleich der Reallohnverluste die Arbeit nieder. Der Metallarbeiterstreik endete in der ersten Februarwoche mit einem 15%igen Abschluss und einer Jahresurlaubserhöhung. Die Regierung musste ihre ursprüngliche Absicht von maximal 10% hinaufrevidieren.

Ohne Zweifel ist diese Widerstandskraft der Arbeiterklasse für die spanische Monopolbourgeoisie der gewichtigste Stein des Anstosses. Sie läuft ihrem gesamten Ansinnen für 1979 zuwider, die spanische Wirtschaft umzustrukturieren. Beim Abbau von Arbeitsplätzen sei zu lasch vorgegangen worden und die Arbeiter müssten noch 'flexibler' werden. Die Bourgeoisie weiss genau, dass der schwächliche spanische Kapitalismus auch bei einem Wirtschaftsaufschwung nicht die Kraft haben wird, mit dem Produktionsanstieg und einem Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften mitzuziehen. Indes, ein Aufschwung wird von ihr ohnehin nicht erwartet. Sogar 1978 gingen die Investitionen zurück! Unterdessen strömen neue Schichten Jugendlicher, ländlicher Bevölkerung und rückkehrender Arbeiter aus dem Ausland auf den 'Arbeitsmarkt', der kein Verlangen nach ihnen hat - im Gegenteil... Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sich höchstwahrscheinlich 1979 für das spanische Proletariat in einem noch schärferen Ausmass stellen. Grosse Arbeitskonflikte stehen bevor. Die letzten Monate gaben einen Vorgeschmack davon. Die Unternehmer und die Regierung hatten eine harte, starre Haltung eingenommen. Mit Polizeieinsätzen und Aussperrungen reagierten sie auf die Ausstände. FEMSA sperrte 9.000 Arbeiter aus. Die Bourgeoisie in Pamplona (z.B. SUPER SER) und zahlreiche Betriebe in Katalonien verhielten sich genauso. Beim Metallarbeiterstreik sperrten sie 130mal aus. Die Polizei verhaftete militante Gewerkschafter, die Streikposten stellten.

Der unbedingten Notwendigkeit für die spanischen Arbeiter, ihre Kämpfe zu zentralisieren und über die ökonomischen Forderungen hinaus, über die Arbeiterkontrolle über Banken und Grossbetriebe die Macht der Bourgeoisie in Frage zu stellen, um sie schliesslich zu brechen, steht die Politik der Reformisten gegenüber. Sie zersplittern die Streiks, verhindern ihre Ausdehnung über das ganze Land und unterstützen die Kapitalistenregierung Suarez.

Die PSOE verzichtet in ihrem Wahlprogramm auf die letzte Forderung ihres Parteiprogramms, die noch einen Hauch von Fortschrittlichkeit besessen hatte. Kein Wort mehr von der Verstaatlichung der Banken ist da zu hören. Umgekehrt: "Vier der einst zur Verstaatlichung vorgesehenen spanischen Grossbanken stellen dem Klassenfeind von einst heute gar die für den Wahlkampf notwendigen Kredite zur Verfügung." ('Spiegel', Nr. 8/1979) Der PCE wiederum, ist sogar ein Regierungsbündnis mit der PSOE zu radikal. Eine solche Linksunion, so Carillo in einem Interview für das französische Fernsehen, könnte eine Intervention der Armee provozieren. Keine Partei würde am 1. März eine regierungsfähige Mehrheit erlangen. Koalitionen wären unvermeidlich, und die spanischen 'Eurokommunisten' bevorzugen für ihren Teil ein Suarez-Kabinett auch ohne PCE.

Die alte Leier aller Stalinisten ertönte da wieder einmal, dass die internationale Kostellation der reaktionären Kräfte, die Militärhierarchie und die konterrevolutionären Banden zu 'berücksichtigen' seien - und eine Strategie entwickelt werden müsse, um den Zusammenstoss mit ihnen zu vermeiden. Um die Konfrontation mit dem Imperialismus überhaupt zu verhindern, schlagen sie sich gleich auf dessen Seite. Die PSOE wiederholte wohl

FORTSETZUNG AUF SEITE 17



Dengs später Sieg!

Nach der spektakulären Reise Dengs nach Japan und in die USA ist es nicht mehr zu übersehen: Obwohl formal "nur" einer der fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden der KP Chinas, ist Deng Xiaoping (frühere Schreibweise: Deng Hsio-ping) heute zweifellos der Mann in der Partei, der die innen- und außenpolitische Linie bestimmt. Mit seinem wohl endgültigen Wiederaufstieg an die Spitze, ist die Durchführung jener Politik gesichert, für die sich der Flügel um Deng stets eingesetzt hat und die sich zum Teil bis auf die Gruppe um den in der Kulturrevolution gestürzten Liu Shaoqi zurückverfolgen läßt. Selbstbewußt verkündet nun auch die neue Führung in Peking, daß China in allen Bereichen im Umbruch begriffen ist. Die radikale Öffnung des chinesischen Marktes für die imperialistischen Konzerne und Dengs unverhüllte Angebote an Carter, gemeinsam die UdSSR einzukreisen, sind die ersten Konkretisierungen der Politik der Fraktion um Deng Xiaoping. Hand in Hand damit distanziert sich die Deng/Hua-Führung schrittweise von der Kulturrevolution. Im folgenden Artikel soll nun versucht werden, die letzte Entwicklung in China zu beleuchten und auch näher auf den außenpolitischen Kurs der Regierung in Peking einzugehen.

DIE "VIER MODERNISIERUNGEN" - EINGESTÄNDNIS DES SCHEITERNS VON 3o JAHREN MAOISTISCHER POLITIK

Zum Kernpunkt des innenpolitischen Programms wurde die Durchführung der "vier Modernisierungen" erklärt. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts soll China ein starker "moderner" sozialistischer Staat werden, "mit moderner Landwirtschaft, moderner Industrie, moderner Landesverteidigung und moderner Wissenschaft und Technik."(Beijing Rundschau Nr. 45/1978. Frühere Schreibweise: 'Peking Rundschau')

Mit diesem Programm gibt die chinesische Bürokratie indirekt zu, dass radikales Umdenken in zentralen Bereichen nottut, und dass es in 30 Jahren nicht gelang, die Wirtschaft aufzubauen und die Landwirtschaft zu industrialisieren. So wird selbst in offiziellen Dokumenten die Lage als "schlecht", die Wirtschaft Chinas als "rückständig" und die Versorgung der Bevölkerung als "unzureichend" bezeichnet. Das Versprechen Dengs hier durch eine neue Politik rasch eine Änderung herbeizuführen, beinhaltet eine zweifache Kurskorrektur gemessen an der Politik, die bis zum Sturz der "Viererbande" offiziell durchgeführt wurde. Zum einen ist die heutige Führung bereit, im Gegensatz zur maoistischen Fraktion in der Bürokratie, den Massen materielle Zugeständnisse zu versprechen. Bis zum endgültigen Wiederaufstieg Deng Xiaopings und der Entmachtung der Spitzen der maoistischen Fraktion im Jahre 1976 galten die "materiellen Anreize" (sprich Lohnerhöhungen und Verbesserung der materiellen Lebenssituation) als "Gift", das zur "Restauration des Kapitalismus" in China führen muss. Konsequenterweise wurde jeder Arbeiter und Werktätige, der solche Forderungen aufstellte, als "Wegbereiter des Kapitalismus" verteufelt. Demgegenüber ist die heutige Deng-Hua-Führung bereit, den Forderungen der Massen teilweise nachzugeben. Materielle Anreize werden nun offiziell keineswegs mehr als verwerflich und prokapitalistisch dargestellt. [illegible]enteil, die derzeitige Parteiführung verspricht weitgehende Verbesserungen. Typisch ist in diesem Zusammenhang die Nachricht in der Beijing-Rundschau, dass die Zahl der Speiserestaurants in der Hauptstadt beträchtlich gestiegen sei. Damit will sie dokumentieren, wie sehr die neue Führung an der Hebung der materiellen Lage der Bevölkerung interessiert ist.

Der Kurs der "vier Modernisierungen" bedeutet jedoch nicht nur eine Wende bezüglich des "materiellen Anreizes". Damit wird auch die jahrelang praktizierte Wirtschaftsorientierung der KP-Chinas unter Mao Tse-tung über den Haufen geworfen. Dieses Konzept, das in der "Volkskommunenpolitik" und im "Grossen Sprung vorwärts" in den 50er-Jahren und Anfang der 60er-Jahre am konsequentesten durchgeführt wurde, bestand darin, das Land fast gänzlich vom Weltmarkt abzuschliessen. Nur auf sich alleine gestellt, sollte aus einer florierenden Landwirtschaft "nebenbei" eine Industrie entwickelt werden, ohne zentrale Koordinierung. Die Volkskommunen, grosse landwirtschaftliche Einheiten, sollten neben der Arbeit am Feld eine Art sich selbst versorgende Industrie aufbauen. Dieses Konzept wurzelte in den damaligen weltpolitischen Bedingungen, mit denen die Bürokratie fertig werden musste. Unfähig, den Weg einer revolutionären Aussenpolitik zu gehen, setzte sich zuerst der Flügel um Mao durch. Der Bruch mit der UdSSR, Reaktion auf die "Wirtschaftshilfe" der Sowjetunion, deren Verträge ihr einseitige Vorteile brachten, verstärkte den Flügel um Mao.

Der Kurs der Deng-Fraktion, das Land zügig für den Weltmarkt zu öffnen und umfangreiche Handelsbeziehungen mit den imperialistischen Staaten zu knüpfen, weist gewisse Parallelen zur Linie Liu Shaoqis auf, der in den 50er Jahren die Wirtschaftspolitik Maos heftig kritisierte. Wie ernst es der Deng-Fraktion ist, die chinesische Wirtschaft durch Technologieimport und Handelsbeziehungen aufzubauen, zeigt die hektische Reisetätigkeit diverser chinesischer Handelsdelegationen. Fang Yi -stellvertretender Ministerpräsident im Range Dengs - schloss vor wenigen Wochen mit der BRD ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit ab, ein ähnlicher Vertrag mit Frankreich führte bereits zur Lieferung zweier AKW-Versuchsreaktoren nach China. Das Ausmass der Handelsbeziehungen, das Deng der japanischen Bourgeoisie vorschlug, liess diese das grosse Geschäft wittern und seine Reise in die USA wird dem chinesischen Volk unter anderem den Genuss von Coca Cola sichern. Der "Frankfurter Allgemeinen" - dem Sprachrohr des westdeutschen Kapitals schlechthin - blieb angesichts der sich eröffnenden Exportmöglichkeiten nach China die Luft weg: "Atemberaubendes aus China" tituliert sie einen Artikel über die "Neueste chinesische Handelspolitik". ('FAZ', 20. 10. 1978)

Die Grundlagen für den radikalen Kurswechsel der Parteiführung in Peking sind nicht nur im Scheitern der maoistischen Wirtschaftskonzeption - der "Grosse Sprung vorwärts" endete mit einer gewaltigen Bauchlandung - sondern auch

in einer veränderten internationalen Situation zu suchen. Die chinesischen Massen selbst hatten die Demagogie der Mao-Fraktion satt. Die ständigen Aufrufe an die Massen, die bis zum Sturz der "Viererbande" regelmässig erlassen wurden, ohne Rücksicht auf die materielle Situation für die sozialistische Zukunft zu schuften, mochten zwar für westeuropäische Intellektuelle als revolutionär und radikal erscheinen, für die chinesischen Werktätigen, die ohne jeden Urlaub, zehn und mehr Stunden pro Tag arbeiten, musste das scheinlinke Phrasengeklingel der Maoisten früher oder später jede Anziehungskraft verlieren. So kam es am 4. April 1975 am Tiänamenplatz in Peking zu einer gewaltigen Demonstration für den damals noch gestürzten Deng Xiaoping, an der sich bis zu 1oo.ooo Menschen beteiligt haben sollen. Die Demonstration wurde damals vom Militär blutig auseinandergetrieben, wobei es auch zahlreiche Todesopfer gegeben haben soll. Sie wurde offiziell als "konterrevolutionärer Zwischenfall" eingestuft, von einer "Handvoll Wahnsinniger" inszeniert. Im letzten Jahr wurde dieses Ereignis von der Deng/Hua-Führung zu einer höchst revolutionären Massenkundgebung erklärt. Die heutige Führung kann mit dem Programm der "vier Modernisierungen" demagogisch an den Hoffnungen der Massen anknüpfen. Die ausgedehnten Freudenfeiern der Shanghaier Arbeiter anlässlich des Sturzes der "Viererbande" wurden sicher nicht von den offiziellen Presseorganen erfunden, sondern drückten vorhandene Illusionen der Massen in die Deng-Fraktion aus.

Verbunden mit dem Kurs der "vier Modernisierungen" ist eine Abkehr von der extremen Feindlichkeit allem nicht Chinesischen gegenüber, das die Maoisten auszeichnete. Ausgehend von dem Eingeständnis, dass das Niveau der chinesischen Wissenschaft und Technik hoffnungslos hinter dem Weltstandard nachhinkt, propagiert die Parteispitze, das "Lernen vom Ausland". "Nach der Logik der 'Viererbande' ist es am revolutionärsten, wenn China auf Eseln reitet und mit dem Abakus (Rechenbrett der Antike - p. r.) rechnet, während das Ausland in Überschallflugzeugen reist und Computer verwendet.", heisst es in der Beijing-Rundschau Nr. 1/79. Die Bürokraten in Peking "korrigieren" den Fehler der "Viererbande" jedoch auf ihre Weise. Völlig unkritisch wird die 'moderne' Technologie des Westens zum Vorbild genommen. Der Bogen dessen, was sich die Führung um Deng zum Vorbild nimmt, reicht von AKW-Technologie bis zu modernen (?) Leitungsmethoden imperialistischer Konzerne. So stellt in der Beijing-Rundschau Nr. 45/1978 ein Autor die Frage: "Warum können wir Manches vom kapitalistischen Management lernen?", um nach schwülstiger Argumentation zum Schluss zu kommen, es gelte die "Überlegenheit des Sozialismus mit der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik und der fortgeschrittenen Leitungsmethoden (!) der entwickelten kapitalistischen Länder" zu kombinieren.

Aufgegeben wurde auch das maoistische Konzept der Volksarmee. Anstelle der einfachen Bewaffnung der Massen setzt nun die KP Chinas auf technologisch hochgezüchtetes Kriegsmaterial. Nach dem Muster westlicher Militärs, aber auch der Bewaffnung der Sowjetunion, sollen elektronische Systeme das Rückgrat der chinesischen Armee darstellen. Der Ankauf von senkrecht startenden Bombenflugzeugen in England stellt den ersten Schritt zur "modernen" Armee dar, die die Parteiführung anstrebt.

Deng steht mit seiner Politik offensichtlich unter Erfolgszwang. Praktische Erfolge dürfte der neue Kurs bisher nicht gebracht haben. Deutlich wird dies auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KP Chinas, auf dem unmissverständlich festgestellt wurde: "Gleichzeitig muss man berücksichtigen, dass die Wirtschaft unseres Landes zur Zeit noch sehr rückständig ist. Deshalb kann das Tempo der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung momentan nicht sehr beschleunigt werden." (Beijing-Rundschau Nr. 52/1978) Derzeit versucht die Deng/Hua-Führung die geringen Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik mit der "Sabotage" der "Viererbande" zu erklären. Mit den absurdesten Anschuldigungen wird versucht, sie für alles und jedes verantwortlich zu machen. Das Schicksal der Deng-Fraktion und die Stellung der Bürokratie gegenüber der Arbeiterklasse wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es gelingt, den Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung tatsächlich zu heben.

KULTURREVOLUTION ADE!

Ein weiterer hervorstechender Zug in der letzten Entwicklung in China ist das schrittweise, doch systematische Abrücken von der Kulturrevolution und ihren Methoden. Nicht nur, dass zahlreiche damals angegriffene Kader wieder voll rehabilitiert wurden, dieser Prozess ist jetzt voll zum Abschluss gebracht worden. Die Welle der Rehabilitation - prominenteste Figur unter denen, die wieder in Amt und Würden eingesetzt wurden, ist ja Deng selbst - begann schon unmittelbar nach Lin Piaos Sturz zu Beginn der 7Oer Jahre. Unter der heutigen Führung wurde dieser Prozess abgeschlossen. Das heisst, es gibt derzeit keine prominente Figur, die in der Kulturrevolution gestürzt und bis heute nicht voll rehabilitiert wurde. Dieser Prozess machte sogar vor Liu Shaoqi nicht halt. Sein Name wird zwar offiziell noch immer nicht erwähnt, aber die Frau des "chinesischen Chruschtschow" (so wurde Liu während der Kulturrevolution bezeichnet) trat in Peking bei offiziellen Feiern in Erscheinung. Kennt man die Rituale der chinesischen Bürokratie, so weiss man, dass dies praktisch einer unausgesprochenen Rehabilitierung von Maos scharfem Kritiker gleichkommt. Auch hier geht der Prozess bis Anfang der 7Oer Jahre zurück. Mit dem Sturz der "Viererbande" wurden die letzten prominenten Vertreter, darunter Maos zweite Frau - ausgeschaltet.

Neu ist, dass die Deng/Hua-Führung über die personelle Ebene hinausgeht, und auch die Methoden und die Begründung der Kulturrevolution selbst in Frage stellt. Die "Entlarvung" der "rechten Elemente" in der Kulturrevolution wird als bürokratischer Willkürakt dargestellt, wobei die Deng-Fraktion von der Wahrheit gar nicht so weit entfernt ist. "Ohne die geringste Beweisführung machten sie Menschen politisch fertig. Der Satz 'Meiner Meinung nach bist du kein guter Mensch' genügte bereits, um jemanden zum Verräter, Geheimagenten, Spion, Kollaborateur, Konterrevolutionär oder Machthaber auf dem kapitalistischen Weg abzustempeln. Ihre Anhänger verkündeten sogar offen: 'Auch wenn bei der Aufspürung von Konterrevolutionären unter hundert Beschuldigten sich auch nur ein einziger richtiger Konterrevolutionär befindet, dann ist das bereits ein grosser Erfolg.' Zu Zeiten Lin Biaos und der 'Viererbande' wurden Tausende guter und erfahrener Kader von der zentralen Ebene abwärts, die in der Revolution lange Zeit dem Vorsitzenden Mao gefolgt waren, sowie solche Kader, die in den jeweiligen Bereichen eine Hauptstütze waren, brutal angegriffen und verfolgt. Vielfach wurden sie einfach verleumdet, und es wurde ihnen verwehrt, sich zu verteidigen." (Beijing-Rundschau Nr. 5O/1978)

Aber nicht nur die praktischen Methoden werden in Frage gestellt, auch die "theoretischen" Grundlagen der Kulturrevolution werden zunehmend liquidiert.

Nach maoistischer Ideologie gibt es in der Partei ständig einen "Kampf zweier Linien" zwischen den Vertretern des "Proletariats" und der "Kapitalisten". Die Kulturrevolution wurde getreu dieser Theorie von der maoistischen Fraktion in der Bürokratie als besonders heftige Form dieses "Kampfes zweier Linien" dargestellt. Heute erklärt die Führung der KP Chinas diesen "Klassenkampf" in der Partei für beendet und betont, dass von nun an "Stabilität und Einheit" im ganzen Lande herrschen werden. Der "Kampf zweier Linien" soll der Vergangenheit angehören.

Die radikale Zurückweisung der Methoden der Kulturrevolution und die Abkehr von ihren "theoretischen" Grundlagen waren entscheidend für den Sieg der Deng-Fraktion über die "Viererbande". Die Bürokratie hat letztlich ein grundlegendes Interesse daran, eine Phase wie die Kulturrevolution nicht mehr zu erleben. Ohne jetzt auf diesen Abschnitt der chinesischen Geschichte näher eingehen zu können - das Thema allein würde einen umfangreichen Artikel erfordern - muss davon ausgegangen werden, dass die Kulturrevolution im wesentlichen der Versuch des maoistischen Flügels war, die Opposition in den Reihen der Partei und des Staatsapparates durch die Mobilisierung der Massen, besonders von Schülern und Studenten, auszuschalten. Dadurch, dass der chinesischen Arbeiterklasse eine völlig passive Rolle zugewiesen wurde (zynisch wurden die Arbeiter von den maoistischen Spitzenkadern aufgefordert, durch "Anhebung der Produktion" sprich noch härteren Arbeitseinsatz, die Revolution zu "unterstützen"), versuchte die maoistische Fraktion die

Gefahr zu umschiffen, dass sich die Kulturrevolution gegen die Bürokratie insgesamt wenden könnte. Obwohl die Fraktion um Mao ängstlich darauf bedacht war, dass ihr die Kontrolle über die Massen keinen Moment entglitt, schuf die Kulturrevolution doch Verhältnisse, die die Hegemonie der Bürokratie über die Massen lockerten. Vor allem die Arbeiter in Shanghai nutzten diese Schwäche zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen, die allerdings - nachdem die lokale Bürokratie ausgewechselt wurde - von den Maoisten wieder zurückgenommen wurden.

Aber darüber hinaus konnte die offene Konfliktaustragung von den Massen für jeden Bürokraten bedeuten, unter absurden Anschuldigungen für wahre oder erfundene Verbrechen vor die Massen gezerrt, zu "Selbstkritik" gezwungen, gedemütigt und letztlich gestürzt zu werden. Wenn Deng Xiaoping heute lauthals die Methoden der "Viererbande" anprangert und die Zeit des "Kampfes zweier Linien" für beendet erklärt, so vertritt er damit genau das Interesse eines Grossteils der Bürokratie an ruhigen politischen Verhältnissen. Zwischen den Zeilen lässt die neue Führung durchblicken, dass den Bürokraten, die einmal aufs falsche Pferd gesetzt haben, nicht mehr Demütigung und Selbstkritik droht, sondern sie mit der frühen Pension oder der unauffälligen Ablösung zu rechnen haben. Anschuldigungen, wie "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" zu sein, soll es nun in Zukunft nicht mehr geben. Stattdessen stellte die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees fest:"Das Recht jedes Parteimitgliedes muss garantiert werden, innerhalb der Partei die Führung auf den höchsten Ebenen bis hin zu den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK zu kritisieren ." (Beijing Rundschau Nr. 52/1978)

Eine Fortsetzung findet diese Politik in der für China geradezu sensationellen Einführung eines geschriebenen Rechtes, ordentlicher Gerichte und geordneter Gerichtsverfahren. Bis 1978 gab es in der VR-China ausser der Verfassung praktisch keinerlei niedergeschriebenes Recht. Gerichtsverfahren wurden von Anfang bis zum Ende von der lokalen Bürokratie bestimmt. Der Angeklagte konnte sich auf keinerlei Rechte berufen, er war der Willkür und dem Zufall hilflos augeliefert. Das wird ebenfalls von der heutigen Führung eingestanden, um natürlich in bewährter Manier diese "Misstände" ihren Gegnern der entmachteten maoistischen Fraktion in die Schuhe zu schieben: "Lin Biao und die 'Viererbande' liessen sämtliche Bemühungen um die Vervollkommnung des Rechtssystems einstellen. Willkür trat an die Stelle der Volksdemokratie und die Bürgerrechte, die Parteidisziplin und die Gesetze unseres Landes wurden mit Füssen getreten." (Beijing Rundschau Nr. 2/1979)

Auch hier verspricht die neue Führung zukünftig Verhältnisse, die jederzeit die Orientierung an schriftlich festgehaltenen Gesetzen und Verordnungen ermöglichen.

Bedeutet nun diese Entwicklung, dass das neue Regime in Peking liberaler ist, als die alte maoistische Führung? Kann man davon ausgehen, dass Deng den Massen mehr demokratische Zugeständnisse machen wird?

DISZIPLINIERUNG DER ARBEITERKLASSE

Keineswegs. Sicher, der Flügel um Deng tritt bei weitem nicht so ideologisch hysterisch und scheinlinks auf wie die gestürzten "Vier aus Shanghai". Der Spruch "Egal ob die Katze schwarz oder weiss ist, wichtig ist, sie fängt Mäuse", der Deng zugeschrieben wird, charakterisiert nicht so schlecht seine Linie. Zugeständnisse dort, wo es nichts kostet, in entscheidenden Punkten aber keine Kompromisse. Der scheinbare Kurs auf mehr demokratische Rechte und die Abschaffung der Willkür, machen vor der Arbeiterklasse halt. Die neue Führung ist zwar zu materiellen Zugeständnissen zum Teil bereit, verbindet diese Versprechungen jedoch mit einer weitgehenden Disziplinierung der Arbeiterklasse. Wenn heute in weitschweifigen Artikeln in der chinesischen Presse die Anarchie, das Chaos und die Disziplinlosigkeit als Folgen der Politik der "Viererbande" angegriffen wird, so zielt dies in Wirklichkeit auf die Schichten des chinesischen Proletariats, die sich die Schwächesituation der Bürokratie während und nach der Kulturrevolution zunutze gemacht hatten. Ohne sich auch nur im Ansatz eine wirkliche kommunistische Partei geschaffen zu haben, entwickelten die Arbeiter elementare Widerstandsformen gegen die Auspressungspolitik durch die Bürokratie: "Blaumachen", Verzögerung und Verschleppung der Arbeit, absichtlich sorgloses Umgehen mit den Werkstoffen usw. Das Gerede von der "Sabotage an der Wirtschaft" durch die "Viererbande" und die landesweite Kampagne dagegen zielt eindeutig darauf, die Arbeiter stärker zu disziplinieren. Unter dem Titel "Kann ein Betrieb ohne Regeln und Vorschriften arbeiten?" will ein Artikel in der 'Beijing Rundschau' (Nr. 37/1978) dem Leser weismachen, die "Viererbande" sei gegen Vorschriften im Betrieb gewesen: "Der Weisung des Vorsitzenden Mao zufolge, war es eine der Aufgaben der Kulturrevolution, unvernünftige Regeln und Vorschriften zu ändern. Mittels dieser Losung schufen Lin Biao und die Viererbande jedoch Anarchie. Alle notwendigen und vernünftigen Regeln und Vorschriften nannten sie ohne Unterschied ein Mittel, das allein dazu diente, die Arbeiterklasse zu 'kontrollieren', zu gängeln und zu unterdrücken'". Ein Blick auf die tatsächliche Politik der maoistischen Fraktion zeigt jedoch, dass diese ganz zu Unrecht zu derartigen "Ehren" kommt. Das Ideal, das sie bis zum Überdruss den chinesischen Werktätigen vorhielt, war der Typus des bis zur Selbstaufgabe sich abrackernden Arbeiters, der "getreu der Weisung Maos entschlossen an der Revolution festhält und die Revolution fördert", dessen Blick stets auf die steigenden Produktivitätszahlen und auf die Bewahrung der "revolutionären Disziplin der Arbeiterklasse" gerichtet ist. Wessen Geistes Kind die sogenannte 'linke' Fraktion um Mao war, zeigten die Ereignisse in Shanghai im Jänner 1967. Als dort die Arbeiter selbst den Lohn bestimmten und die Arbeitsbedingungen festlegten, heulte die Presse der Maoisten auf, die Arbeiterrevolte wurde blutig niedergeschlagen und die "Viererbande" als "verlässliche" Führung in dieser Stadt eingesetzt. Diese Tatsache hindert die neue Führung natürlich nicht daran, gegen die "Anarchie der Viererbande" ins Feld zu ziehen und die Arbeiterklasse damit zu meinen. Dabei scheuen sich die Parteibonzen nicht, einen rüden Kommandoton anzuschlagen. "So wird am 14. August 1977 in Radio Peking gesagt: 'Regeln und Vorschriften dürfen nie abgeschafft werden. Darüberhinaus müssen die Regeln und Vorschriften mit der zunehmenden Entwicklung der Produktion und der Technologie strenger befolgt werden, und die Menschen müssen sie Wort für Wort befolgen'" (Bettelheim, Fragen über China nach Mao Tse-tungs Tod, Seite 18).

CHINA VOR DER ENTMAOISIERUNG?

Angesichts der offensichtlichen Abkehr von vielen politischen Dogmen Maos konnten die wilden Spekulationen in der bürgerlichen aber auch in der moskaustalinistischen Presse über eine angebliche Entmaoisierungswelle in China nicht ausbleiben.

Sicher, Deng als historischer Erbe der Liu Shaoqi-Fraktion hat sicher ein Interesse daran, Mao zu relativieren, keinesfalls jedoch seine grundsätzliche Autorität in Frage zu stellen. Dengs Ausspruch, Maos Taten seien zu 70% gut und nur zu 30% schlecht - für sich selbst setzt Deng die Prozentsätze mit 60 zu 40 an - ist eine klare Anspielung auf die selbe Aussage Maos über Stalin. Damit bescheinigt ihm Deng eine grundsätzliche Autorität, da nach chinesischer Parteiposition Stalin zwar viele Fehler gemacht hätte, jedoch der Garant für die "Diktatur des Proletariats" in der UdSSR gewesen sei. Maos Verdienst für die Bürokratie bestand darin, scheinbar über allen fraktionellen Auseinandersetzungen zu stehen, von allen zitiert und als Legitimation für die eigene Position herangezogen zu werden. In den Augen der Massen musste so Mao als über den Fraktionen, letzten Endes über und ausserhalb der Bürokratie stehend erscheinen. Das Unbehagen mit der Bürokratie, der Hass der fortgeschrittenen Arbeiter auf sie, wurde durch Mao gemildert. Dieser musste den Massen als mit ihnen engstens verbunden erscheinen, da er selbst mit der Bürokratie zu kämpfen gehabt hätte, jedoch, über den Dingen stehend, China auf den 'richtigen Kurs' hielt. Mit dem Vertrauen der Massen in Mao legitimiert die KP und damit die Bürokratie ihre Herrschaft. Erfolgte doch ihr Wirken mit Einverständnis und im Auftrag des "Grossen Steuermannes". Eine fundamentale Kritik an Mao muss daher auch auf die Partei und die Bürokratie selbst zurückfallen, denn wenn Mao grundsätzlich geirrt hat, muss auch die Tätigkeit der Partei eine falsche gewesen sein. Weiter: Eine grundsätzliche Kritik an Mao würde automatisch die gestürzte "Viererbande" als legitime Erben Maos darstellen, während die Bürokratie bemüht ist nachzuweisen, dass diese Mao betrogen haben, sein Alter und seine Krankheit ausnutzten

usw...Für die Bürokratie wäre es politischer Selbstmord, heute Mao etwa als "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" zu bezeichnen. Die Tatsache, dass die heutige Linie mit der Maos in vielen Punkten nicht in Einklang ist, stört die Bürokratie nicht im geringsten.

Die letzte Entwicklung bestätigt diese Einschätzung vollkommen. Die Stimmen gegen Mao sind verstummt, dafür strotzt die 'Beijing Rundschau', die zum Jahreswechsel erschien, von Artikeln Maos; und der Leser erfährt, dass Mao "im Herzen des Volkes lebt". Ebensowenig wie es für Stalin in der Sowjetunion ein Problem war, penetranten Leninkult mit offener, antileninistischer Politik zu verbinden, ist es heute für die Herren in Peking ein Problem, sich im Ruhme Maos zu sonnen und das Ruder in die andere Richtung zu drehen.

DEN "POLARBÄREN BÄNDIGEN"...

Mit dem Besuch Dengs in den USA hat die offene Anbiederungspolitik der VR-China an die imperialistischen Mächte eine neue Stufe erreicht. Daran interessiert, sich mit dem Imperialismus zu arrangieren und ein gutes Gesprächsklima für wirtschaftliche Verhandlungen zu schaffen, hat die Führung in Peking schon seit Beginn der 70er Jahre das Bündnis mit dem EWG-Kapital und Japan gesucht. Schon seit geraumer Zeit ist die VR China für eine Stärkung der NATO und einen engeren Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten eingetreten. Abgesichert wurde diese Politik durch die Theorie der "Drei Welten", wonach es gelte, gegen die beiden "Supermächte" ein weltweites Bündnis zustande zu bringen. Diese Politik, die durch Einstellung von Unterstützungen von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen begleitet war (so erhielt die eritreische EPLF seit Anfang der 70er Jahre absolut keine Unterstützung mehr aus China) führte zur zunehmenden Isolierung Chinas bei den kleinbürgerlich-antiimperialistischen Regierungen und Befreiungsbewegungen. Die unverhüllten Stellungnahmen für das Marionettenregime in Zaire und die diplomatische Unterstützung für die freche Invasion der belgisch-französischen Imperialisten in dieses Land beschleunigten diesen Prozess noch weiter. Heute spricht Deng schon offen sein Interesse für "Ruhe und Ordnung" in der Welt aus. Wie sehr die Führung in Peking revolutionären Prozessen feindselig gegenübersteht, lässt Deng in einem Interview mit "Time" vom 5.2.1979 durchblicken. "Gehen wir weiter nach Osten, dann ist da Afghanistan und jetzt ist da der Iran(!), wo die Unruhen kein Ende zu nehmen scheinen..." Abgesehen von Dengs bezeichnender Geisteshaltung, die Ereignisse im Iran und die in Afghanistan auf eine Stufe zu stellen, unterscheidet sich seine Sprache nur noch unwesentlich von der des Schah. Es bleibt allerdings seine Spezialität, hinter den "Unruhen" im Iran die Hand des "Sozialimperialismus" zu sehen.

Jetzt ist die VR China eine Stufe weiter gegangen. Offen fordert sie die "zweite Supermacht" auf, gegen die UdSSR zu rüsten und eine ungezügelte Aggressionspolitik zu beginnen. Damit erklärt die Führung in Peking die "Theorie der Drei Welten" indirekt zu einem Fetzen Papier. Nach dieser Theorie muss es aufgrund 'objektiver Gesetzmässigkeiten' zu einer Frontstellung zwischen den Ländern der '3. Welt' und den beiden Supermächten USA und UdSSR kommen. Die Länder der gegen die es gilt, alle Kräfte zu vereinen, entpuppen sich die USA mit einem Schlag als zögernder Kämpfer gegen die "Weltbedrohung Nummer Eins". Die Führung des KBÖ reagierte darauf mit der Gelassenheit von Menschen, die es gewöhnt sind, jeden Schwenk, jede noch



'2. Welt' (Europa und Japan) nehmen eine schwankende Haltung ein, unter dem Druck der Länder der '3. Welt' können sie - halb gegen ihren Willen - doch als "Bündnispartner" gewonnen werden. In der letzten Zeit bereitete die VR China propagandistisch ihre Einheitsfrontangebote an die USA insofern vor, als sie die UdSSR als die "gefährlichere Supermacht" darstellte und sie das Zögern der EWG-Staaten, gegen sie Front zu machen, kritisierte.

Jetzt kann sich die Politik der USA in den Augen Pekings durch nichts mehr von der der EWG-Staaten unterscheiden. Ebenso wie die Vertreter des westeuropäischen Kapitals denkt die Carter-Regierung derzeit nicht im geringsten daran, die Politik der "friedlichen Koexistenz" aufzugeben. Sofort nach dem Besuch Dengs in den USA erklärte Washington, dass die SALT-Verhandlungen und die "Abrüstungspolitik" so wie bisher fortgesetzt werden. Ebenso wie in Europa findet die KP Chinas ihre Bündnispartner nur in den reaktionärsten Kreisen, die jedoch derzeit keineswegs die Politik des Imperialismus bestimmen. Ist es in Europa Franz Josef Strauss, der seine Übereinstimmung mit der Aussenpolitik der KP Chinas bekundet, so findet Deng bei 170 pensionierten US-Generälen Beifall für seinen Kurs, die sich anlässlich seines Besuches mit einem Brief zu Wort gemeldet haben, in dem sie vor der "militärischen Überlegenheit" der UdSSR warnen und die verstärkte Aufrüstung propagieren.

CARTER - EIN BESCHWICHTIGUNGS-POLITIKER?

Es ist also offensichtlich, dass die US-Regierung derzeit nicht auf die Linie Chinas einschwenkt. Die angeschlagene Welt der Maoisten erhält einen neuen Sprung. Gestern noch "Supermacht" so krasse Umorientierung der KP-Chinas bis ins Letzte zu verteidigen und die jede politische Ehrlichkeit vor sich selbst verlernt haben. Schon bisher folgte sie der reaktionären Aussenpolitik der VR China und übernahm sämtliche damit verbundenen Theorien, so auch die Schöpfung der "Beschwichtigungspolitik". Die Konsequenz dieser "Theorie" besteht schlicht darin, die westeuropäischen Staaten deswegen anzugreifen, weil sie zu wenig(!) aggressiv seien und zu zögernd das Bündnis mit der VR China gegen die UdSSR schlössen. "Nach wie vor ist, wie gesagt, die Beschwichtigungsströmung vorherrschend. Sie kommt zum Ausdruck darin, dass Frankreich sich nach wie vor nicht bereit erklärt hat, auch Kampfflugzeuge oder entsprechende Lizenzen an China zu liefern. Das kommt auch zum Ausdruck darin, dass unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Harrier-Lieferungen (=senkrechtstartendes Bombenflugzeug, das die VR China in England einkaufen will -'p. r.') NATO-Generalsekretär Luns sich beeilte, der Sowjetunion zu versichern, dass sie nichts zu befürchten habe und kein NATO-Land an eine 'militärische Bindung an China denke', da dies 'alle Gedanken an Entspannung abtöten würde'. Trotz der nach wie vor dominierenden Beschwichtigungspolitik ist es eine positive Entwicklung, dass die westeuropäischen Länder wenigstens in dieser Frage nicht mehr vollständig vor den Kremlzaren auf dem Bauch liegen, sich nicht total von ihnen einschüchtern lassen und sich nicht aus Angst davor, 'die russische Bestie zu reizen' vorschreiben lassen, welche Beziehungen sie mit China haben dürfen." ('Klassenkampf' Nr. 31/1978). Jetzt drängt sich freilich die Frage auf: Was unterscheidet noch, nach maoistischer Logik, die USA von den westeuropäischen Staaten, bzw. Japan? Ist denn Carter nicht ebenso ein "Beschwichtigungspolitiker", der ständig Rückfrage beim Kreml hält? Wo sollen

jetzt noch die Welten sein, die die USA und das EWG-Kapital angeblich voneinander trennen? Es gibt sie schon längst nicht mehr. Der frühere Anspruch der Maoisten, den Kampf gegen den US-Imperialismus zu führen, ist somit ebenfalls gefallen!

Freilich, von Leuten, die wöchentlich damit beschäftigt sind, die 'Beijing Rundschau' zusammenzufassen, wäre es zuviel verlangt, noch eigene Gedanken zu haben. Brav wie ein Musterschüler wiederholen sie die Worte des 'grossen Meisters' Deng. Dessen Aufforderungen an die USA: "Der einzige Weg, um den Eisbären(!) zu bändigen, ist,uns zu einigen...", stellen, so der KBÖ, keinesfalls einen Widerspruch zur "Theorie der Drei Welten" dar."Dies widerspricht nicht nur nicht dieser Theorie, sondern ist ein korrektes taktisches Ziel auf ihrer Grundlage." ('Klassenkampf' Nr. 6/1979) So einfach ist das!"

WIEDERVEREINIGUNG MIT TAIWAN - STATT PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS: NATIONALCHAUVINISMUS!

Durch die Ereignisse in Vietnam ist der Propagandarummel der chinesischen Führung um die Wiedervereinigung mit Taiwan logischerweise stark verblasst. Trotzdem ist es wert,einen Blick auf die diesbezüglichen Erklärungen Chinas zu werfen. Die Art und Weise,mit der die VR China das seit 1949 existierende Nationalchina wiedervereinigen will, ist äusserst entlarvend. Die Erklärung, die anlässlich der Jahreswende veröffentlicht wurde, trieft von Nationalismus und Chauvinismus. So heisst es gleich zu Beginn der Erklärung "Welcher Nachkömmling des Huang Di (nach der Sage gilt er als Vorfahre der chinesischen Nation) will sich an der Nation vergehen?", und weiter an die Regierung von Taiwan gerichtet: "Wir vertraten und vertreten die Ansicht, dass alle Patrioten zu einer Familie gehören, dass jeder für die Wiedervereinigung Verantwortung trägt." Kein Wort von der Lage der Arbeiterklasse in Taiwan, kein Wort davon, dass die Wiedervereinigung unter dem Vorzeichen des Sozialismus erfolgen müsste. Mit abstossender Eindringlichkeit stellt die chinesische Bürokratie das 'Schicksal der Nation' über die Bedürfnisse und Interessen des Proletariats. "Erfüllen wir einen Tag früher diese Mission, dann können wir gemeinsam einen Tag früher an die Schaffung einer nie dagewesenen glänzenden Geschichte unseres Landes gehen und in die Reihe der fortgeschrittenen und starken Länder aufrücken, um uns gemeinsam für den Frieden, die Prosperität und den Fortschritt der Welt einsetzen." Es wundert freilich nicht mehr, dass die Erklärung offen für die Beibehaltung des Kapitalismus in Taiwan eintritt. "Bei der Lösung dieser Frage (eben der Wiedervereinigung -'p. r.') werden sie (dieFührer Chinas -'p. r.') den gegenwärtigen Zustand und die Meinungen aller Bevölkerungsschichten auf Taiwan respektieren und sich um eine vernünftige Politik und Methode bemühen, damit die Bevölkerung Taiwans keinen Schaden nimmt." (Beijing Rundschau 1/1979)

Man kann selbstverständlich davon ausgehen, dass eine friedliche Wiedervereinigung auf dieser Grundlage absolut illusorisch ist. Planwirtschaft und Kapitalismus sind eben unüberbrückbare Gegensätze, und es ist selbstverständlich, dass das Regime in Taiwan seinen Platz niemals freiwillig räumen wird. Es ging direkt aus der aus Festlandchina 1949 geflüchteten Kuomintang-Regierung hervor und wurde zum willfährigen Lakaien der US-Regierung. Die USA hatten nun - ein Ergebnis der Annäherung an China - die Marionettenregierung auf Taiwan diplomatisch fallengelassen und die VR China als einzige legitime Vertretung Chinas anerkannt. Es ist offensichtlich, dass die Deng/Hua-Führung die derzeitige Isolation Nationalchinas zu einer propagandistischen Offensive ausnützen wollte. Die "Botschaft an die Landsleute in Taiwan", soll offensichtlich die Regierung in Taipeh unter Druck setzen.

Mit dem Besuch Dengs in den USA,hat die Führung der KP Chinas jene Politik, die sie schon jahrelang mit dem EWG-Kapital anstrebte,auf den gesamten Imperialismus ausgedehnt. Sie tritt offen für eine stärkere Bewaffnung und für einen Zusammenschluss aller Länder gegen den "Hauptfeind der Völker", die UdSSR, ein. Klarerweise beinhaltet eine derartige Politik, den Kampf gegen den Imperialismus aufzugeben und selbst verbale Angriffe einzustellen. So ist auch in den offiziellen chinesischen Publikationen seit Monaten keine Zeile gegen die Verbrechen der US-Regierung erschienen, jede Kritik an den USA und den westeuropäischen Imperialisten wurde eingestellt. Dafür erklären Hua und Deng in einem Telegramm an die Carter-Regierung - und dies steht nicht alleine - "Durch gemeinsame Bemühungen können wir die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern vertiefen. Wir können gemeinsam zum Wohlergehen und zur Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum beitragen." (Beijing Rundschau Nr. 1/1979

WARUM OTTAKRINGER-BIER NACH CHINA?

Fang Yi wäre nicht Chinas Wissenschaftsminister, wüßte er nicht, daß Chinesen grünen Tee und Ausländer Coca Cola mögen. "Sie sind das gewöhnt." Deswegen also der Vertrag zwischen China und der Coca-Cola-Gesellschaft.

Bloß, einen Punkt wollen wir zu bedenken geben. Fang Yi hat unserer Meinung nach die Trinkgewohnheiten der Touristen aus aller Welt unzulässig verallgemeinert. Viele Amerikaner wünschen ohne Zweifel Coke zu trinken. Sie sollen es jetzt in China auch bekommen. Doch was ist mit den Delegationen, die alle Jahre wieder die Volksrepublik besuchen? Wir kennen zwar ihren persönlichen Geschmack nicht, wissen aber über ihre ausgeprägte Volksnähe Bescheid. Und das österreichische Volk trinkt nun einmal weder grünen Tee noch Coca Cola literweise hinunter. So nehmen wir auch an, daß soein gestandener österreichischer Maoist seine Hände nicht nur dazu verwendet, den Puls des Volkes zu prüfen, sondern sich damit ebenso hin und wieder ein Krügel Bier zu Gemüte führt. Er (sie) ist es sicher gewöhnt. Warum auch nicht dann, wenn etwa Genosse Lindner wieder einmal in Peking konferiert? Die österreichischen KBÖ-Reisekader müßten Fang Yi schon ein Vertrag mit den hiesigen Bierbaronen wert sein! Ob Ottakringer, Schwechater oder Gösser Bier? Ja, wenigstens das müßte schon in Wien entschieden werden dürfen! Prost!

Man steht fassungslos vor dem Zynismus dieser "Marxisten-Leninisten", den USA nach deren jahrelangem Völkermord in Süd-Ostasien die Zusammenarbeit zur Sicherung der "Stabilität" anzubieten.

Der Kurs auf die "vier Modernisierungen" bedeutet, dass die VR China an einem stabilen Imperialismus, an 'Ruhe und Ordnung' in der Welt,direkt interessiert ist. Nach wie vor sind die kapitalistischen Metropolen der Sowjetunion technologisch weit überlegen. Der ständige Vorsprung des Imperialismus auf dem Gebiet der elektronischen und atomaren Waffensysteme (z.B. die Neutronenbombe),widerspiegelt nur den allgemeinen technologischen Vorsprung. Auch bei der zivilen Technik wird diese Überlegenheit sichtbar. Man erinnere sich an die Versuche Carters,durch die Drohung, man werde ein von der UdSSR bestelltes Computersystem nicht liefern, diplomatisch Boden gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen. Mit den "vier Modernisierungen" setzt sich die KP Chinas das Ziel, durch Zusammenarbeit mit den imperialistischen Konzernen bis zum Ende dieses Jahrhunderts den 'Weltstandard' auf allen Gebieten zu erreichen.

Das Zögern der imperialistischen Regierungen die 'chinesische Karte' zu spielen, die scheinheilige Kritik am Einmarsch Chinas in Vietnam,machen deutlich, dass der Imperialismus insgesamt kein Interesse daran hat (aufgrund der Frontstellung zum wirtschaftlich und militärisch stärkeren deformierten Arbeiterstaat UdSSR), China zu stärken und militärisch zügig aufzurüsten.

Das Zögern der englischen Regierung, den 'Harrier' zu liefern, die immer lauter werdenden Stimmen im imperialistischen Lager, die vor einem engen Bündnis mit China warnen, zeigen, dass den internationalen Kapitalistenvertretungen sehr wohl bewusst ist, dass nur die Schwächung aller deformierter Arbeiterstaaten letztlich in ihrem Interesse liegt.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die jüngste Entwicklung in der VR China setzt nur den Schlusstrich unter das Scheitern des eigenständigen, verglichen mit der Sowjetunion scheinbar linkeren maoistischen Weges in China. Von der Konzeption Lin Biaos, die 'Städte der Welt' (damit waren die imperialistischen Staaten gemeint -'p. r.') durch den Zusammenschluss des 'Landes' (die Länder der '3. Welt') zu stürzen, blieb nichts übrig. Stattdessen tätschelt Deng in den USA Freund Nixon die Wange. Der abrupte Abzug der sowjetischen Berater in den 50er Jahren aus China,hat sein Gegenstück im Abzug aller chinesischen Berater aus Albanien. Das "Lernen von den Massen" wurde durch das "Lernen vom amerikanischen Management" ersetzt. Statt dem "Kampf zweier Linien" in der Partei, erklärt Deng das ganze Volk für "einig und geschlossen".

Wir weinen dem Maoismus keine Träne nach. Für die chinesischen Massen bedeutet die Herrschaft der chinesischen Bürokratie - ob in maoistischer Verpackung oder nicht - Auspressung, politische Entrechtung und Unterdrückung. Für das Weltproletariat bedeutete ihre Herrschaft stets konterrevolutionäre Aussenpolitik. Zwischen dem Flügel um Deng und der maoistischen Fraktion ist das Gemeinsame grösser als das Trennende! ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Iran...

Am 1. 2. 1979 nahm das politische Tauziehen um die Rückkehr des wohl bekanntesten und bis heute einflussreichsten Führers der religiösen Opposition gegen das Schah-Regime und seine imperialistischen Macht- und Geldgeber sein Ende. Vorausgegangen waren die mühseligen und dem ersten Anschein nach vergeblichen Versuche des noch vom Schah eingesetzten Ministerpräsidenten S. Bakhtiar, einerseits durch taktische Zugeständnisse die Massenbewegung und ihre Führung zu bremsen und zu spalten und andererseits durch sich länger hinziehende Verhandlungen mit Vertretern Khomeinis dessen Rückkehr hinauszuzögern. Bei seinem Amtsantritt nach der Anerkennung durch die beiden Häuser des iranischen Parlamentes und der durch seine Auslandsreise faktischen Abdankung des Schah, versprach S. Bakhtiar Auflösung bzw. 'Reorganisation' des Geheimdienstes SAVAK, Freilassung aller politischen Gefangenen, schrittweise Aufhebung des Kriegsrechtes, dass "der Iran nicht mehr den Gendarm am Golf spielen werde" und die Einführung der Menschenrechte. Er wolle alle in der Verfassung garantierten Rechte einhalten und den Islam und alle anderen religiösen Gemeinschaften schützen. Was die iranischen Massen von all diesen Versprechungen der Regierungserklärung S. Bakhtiars zu halten hatten, wird deutlich:

- wenn die Zahl der politischen Gefangenen auf nicht mehr als 200 Personen beziffert wurde, obwohl die iranische Armee und Polizei tagtäglich hunderte Streikende und Demonstrierende verhaftete und verschleppte,
- wenn alle, die während der Unruhen "wegen Mordes, Brandstiftung und anderer schwerer Verbrechen" festgenommen worden sind, vor Gericht gestellt werden sollten,
- wenn der neue Innenminister, General Abbas Karim Gharabaghi und der Kriegsminister wieder ein General des Schah-Regimes ist,
- wenn einzelne nationale Minderheiten, die wie z. B. die türkische oder die kurdische im Iran stark vertreten sind, vor jedem Kampf für nationale Selbständigkeit scharf gewarnt werden.

Nach der Abreise des Schah forderte Bakhtiar das iranische Volk auf, nun den Beweis dafür zu erbringen, für Freiheit und Demokratie "würdig" zu sein. Um die Wirtschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten von einer "korrupten Herrschaft zum Nutzen einiger weniger missbraucht" wurde, wieder anzukurbeln, verlangte er von den streikenden Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Institutionen, die mit unerschütterlicher Entschlossenheit ihren Streik fortsetzten, innerhalb eines Monats wieder an die Arbeit zurückzukehren, da sie ansonsten keine Gehälter mehr bezahlt bekämen. Seinen Standpunkt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Iran zu lösen, hatte er bereits früher dargelegt: "Die Wahrheit ist, dass wir nicht Geld im Überfluss haben; das hat man früher den Leuten erzählt, und die haben es unglücklicherweise auch geglaubt. Man muss ihnen aber sagen, dass es nur einen Ausweg gibt: Der heisst arbeiten, arbeiten, arbeiten." Gegen die immer wieder stattfindenden Demonstrationen und den anhaltenden Generalstreik, die gegen "die Religion und die nationalen Interessen gerichtet" seien, werde er seine ganze "Macht und Autorität des Ministerpräsidenten anwenden." Sein Motto war: "Demokratie - ja, Terror - niemals. Wir haben ihn 25 Jahre lang gehabt. Das genügt." Wir müssen davon ausgehen, dass der Versuch, mit Hilfe der Regierungsübergabe - nach faktischer Abdankung des Schah, die jedoch nicht unbedingt das Weiterbestehen der Monarchie in einer konstitutionellen Form ausschloss - an eine Zivilregierung, die bürgerliche Lösung der Krise des Iran - die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung - zu finden, nicht nur die Unterstützung der USA, sondern auch die der "kleineren" imperialistischen Länder Grossbritannien, BRD, Frankreich und Japan gefunden hat. Gerade mit der Abdankung des Schah wurde gleichzeitig eine wichtige Forderung der religiösen wie der politischen Opposition erfüllt, die immer wieder ihre Bereitschaft zu wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit den USA und den anderen kapitalistischen Ländern bekundet hatten, wenn die Bourgeoisien dieser Länder bereit seien, den Schah fallen zu lassen. So Khomeini vor kurzem: "Unsere zukünftigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werden vollständig von der amerikanischen Regierung abhängen. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die Einmischung in unsere Angelegenheiten beendet und unsere Nation respektiert, werden wir sie entsprechend behandeln!"

Über diesen Punkt hinaus versuchten "liberale" Kreise des Schah-Regime, die 'Nationale Front' und die Führung der religiösen Opposition, die Zivilregierung S. Bakhtiars als "elegante" Lösung des Kompromisses - das Schah-Regime zwar zu stürzen, aber nicht vollständig mit dem Imperialismus zu brechen - mit der Folge der unausbleiblichen Demobilisierung und der damit zusammenhängenden Repression gegen die iranischen Massen einzusetzen. So verkündeten der Generalstabschef der iranischen Streikräfte, Gharabaghi, und der Luftwaffenchef Rabii, sie "haben die Soldaten angewiesen, sich nicht in die Politik einzumischen. Die alleinige Aufgabe der Streitkräfte sei, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes zu schützen und sich hinter die (monarchistische) Verfassung und die legale Regierung zu stellen." Immer wieder ruft Bazarghan, später von Khomeini eingesetzter Chef der provisorischen Regierung, das Militär zur Zusammenarbeit auf: "Die Streitkräfte sind das Herz des Volkes und sollten nicht als Werkzeug des Imperialismus zum Vorteil anderer Länder eingesetzt werden." Die Versuche Khomeinis und seiner Berater in Verhandlungen, die zum ersten Mal am 20. 1. 1979 der Weltöffentlichkeit bekannt werden, eine friedliche Lösung des Konfliktes mit S. Bakhtiar und den ihn unterstützenden Gruppierungen im Militär zu finden, nehmen kein Ende. Inzwischen finden auch rege Verhandlungen zwischen Bazarghan und zwei führenden Vertretern der Nationalen Front statt, zuerst zur Bildung des Revolutionsrates und später zur Schaffung der provisorischen Regierung. Obwohl beide in keinem einzigen Punkt ein anderes Programm als S. Bakhtiar haben. Die Einstimmigkeit dieser beiden Führer der Nationalen Front mit ihrem ehemaligen Mitarbeiter wird deutlich, wenn wir uns eine Äusserung S. Bakhtiars ansehen, die er noch vor seinem Amtsantritt und dem darauf folgenden Ausschluss aus der Nationalen Front als deren Sprecher tat: "Wir haben gute Beziehungen zu Khomeini und den religiösen Führern. Wir arbeiten mit den religiösen Führern zusammen, aber wir zählen nicht zu ihren Gefolgsleuten."

Gleichzeitig ruft Khomeini die Bevölkerung des Iran, die entschlossen ist, auch die letzten Bausteine des verhassten Schah-Regimes vollständig zu zertrümmern, zur Einheit unter dem Islam, zur Besonnenheit und Ruhe auf. Am deutlichsten entlarvt sich dieser Teil der religiösen Führung in den ständigen Aufrufen an die Arbeiter und Angestellten der Erdölindustrie, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, und in den Verleumdungen der militanten Demonstrationen gegen Militär und Polizei, gegen Gebäude der Regierungsverwaltung und gegen ausländische Botschaften, Banken und Firmenniederlassungen als Provokationen von SAVAK-Agenten, die den Kampf des iranischen Volkes diskreditieren sollen. Zu dieser Situation, die entweder mit einem Kompromiss, - der Schaffung einer gemeinsamen "Nationalen Plattform" - oder dem Sturz des vom Schah eingesetzten S. Bakhtiar enden konnte, bemerkt die bürgerliche Schweizer Zeitung 'Der Bund' treffend am 3. 2.: "Erst wenn sich der Sturm der Begeisterung gelegt und Khomeini sein vages, alles und nichts enthaltende Programm einer 'islamischen Republik' in feste Formen gegossen hat, wird sich feststellen lassen, ob die Perser die eine Diktatur leichtgläubig und fanatisiert gegen eine andere eingetauscht, den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben haben oder nicht. Noch ist es zu früh, im Westen in ein Wehklagen auszubrechen. Die angeblich reife Frucht Persien ist dem Kreml noch nicht in den Schoss gefallen... Der Machtkampf zwischen Khomeini und Ministerpräsident Bakhtiar, nun Aug in Aug einander gegenüberstehend, hat gestern erst begonnen."

BEWAFFNETER AUFSTAND - STURZ BAKHTIARS

Die Kraftprobe der religiösen Opposition mit den Teilen des Militärs, die noch an der Monarchie und dem Schah-Regime festhalten wollen und die laut 'Figaro' (Paris) entweder mit der Konsequenz einer "brutalen Reaktion der Armee" oder einem "Nervenkrieg, der genauso gefährlich sein wird", enden kann und die Verhandlungen mit S. Bakhtiar einerseits und der Nationalen

Resolution einer Soldatenversammlung vom 15. Februar

Wir, Angehörige der iranischen Streitkräfte, sind überzeugt, daß das System der Streitkräfte so sehr reaktionär ist, daß es unmöglich ist, daß sie jemals fähig sein können, die Interessen des Volkes zu schützen und entschlossen die Fundamente der Revolution aufrechtzuerhalten.

Als Konsequenz schlagen wir der Regierung vor, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Errichtung einer wirklichen nationalen Armee zu begünstigen:

1) *Die gegenwärtige Armee muß gänzlich aufgelöst werden, die höheren Offiziere und alle reaktionären Offiziere müssen vor einem Gericht erscheinen. Eine nationale und revolutionäre Armee muß aufgebaut werden.*
2) *Revolutionäre Komitees müssen durch Mitglieder der Streitkräfte gegründet werden, die ihre positive Gesinnung zum Volk bewiesen haben. Diese Komitees müssen unter der Leitung eines unabhängigen Komitees funktionieren, das aus den Milizgruppen, die sich am Aufstand beteiligt haben, und aus fortschrittlichen religiösen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist.*
3) *Revolutionäre Räte müssen durch obige Komitees gebildet werden. Truppen müssen gegründet werden, um den Schutz der Kasernen zu sichern und den Gruppen der Stadtmilizen Unterstützung zu liefern.*

Die Konsolidierung der embryonalen Milizorganisation muß die Basis sein für die Errichtung und Konsolidierung der neuen nationalen Armee.

Unsere legitimen Forderungen treten den konterrevolutionären Elementen entgegen, die eine Hetzkampagne gegen die revolutionären Kräfte machen. Die revolutionäre Miliz muß unverzüglich mit Waffen ausgerüstet werden um gegen den Einfluß dieser konterrevolutionären Elemente aufzutreten.

Front andererseits wurden jedoch nicht im wesentlichen bestimmt durch das Feilschen um Kompromisse hinter verschlossenen Türen, sondern im Kampf der iranischen Massen, die sich nun mit ihrem Interesse nach einem vollständigen Sieg über das Schah-Regime und vollständiger Erringung von Demokratie und Unabhängigkeit vom Imperialismus im Gegensatz zu ihrer politischen wie religiösen Führung sehen. Die iranischen Massen kämpfen nun mehr als ein Jahr lang mit riesigen Demonstrationen, Streiks und militanten Aktionen für den bedingungslosen Sturz des Schah-Regimes und das Ende jeglicher ausländischer Einmischung, weil diese die Unterdrückung ihrer elementarsten politischen, ökonomischen und sozialen Bedürfnisse im ökonomischen wie militärischen Interesse des Imperialismus bedeuten. Sie sehen sich nun um die furchtbaren Opfer, die tausenden Toten, die dieser Kampf gefordert hat, betrogen. Nicht umsonst rief noch aus seinem damaligen Pariser Exil, bereits nachdem der Schah das Land unfreiwillig verlassen musste, Khomeini zu Demonstrationen für den 19. 1. gegen die Regierung Bakhtiar auf. Den Aufrufen zu diesen Demonstrationen, die den Charakter einer Volksabstimmung tragen sollten, leisteten mehr Menschen Folge als an den beiden wichtigsten Tagen des Trauermonats Muharram. In Teheran allein 2 Millionen. Im Angesicht dieser Demonstrationen, die in den folgenden Tagen unabhängig von Aufrufen religiöser Führer stattfanden, und des andauernden Generalstreiks - vor allem die Erdölarbeiter konnten trotz der Bemühungen Bazarghans und der Nationalen Front nicht zur Aufnahme der Arbeit bewogen werden - sah sich auch der Führer der Nationalen Front, K. Sandjabi, zu folgender Stellungnahme gezwungen: "Die Abreise des Schah ist nur der erste Schritt zur totalen Machtübernahme durch das iranische Volk. Der Schah hat das Land verlassen, das System existiert noch." Obwohl, wie in der internationalen Presse am 7. 2. gemeldet wurde, Bakhtiar und Bazarghan in ihren Verhandlungen Einigkeit über die Durchführung der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und über ein neues Regierungssystem erzielt hatten, war es der Führung um Khomeini aufgrund des Drucks der Strasse und des Generalstreiks nicht mehr möglich, auf den von S. Bakhtiar angebotenen Kompromiss einzugehen; nämlich, die von Khomeini einberufene Regierung unter Bazarghan als real existierendes "Schattenkabinett" zu werten. Obwohl er sich zu diesem Zeitpunkt noch der Unterstützung des Militärs sicher wähnte - was ihn zu folgender Stellungnahme veranlasste: "Wenn dieser designierte Ministerpräsident beginnt, Unordnung und Unruhe zu erzeugen und in die legale Ordnung des Landes eingreifen will, werde ich ihn verhaften lassen." - war Bakhtiar kurze Zeit später nicht einmal mehr in der Lage, das von Bazarghan angebotene Amt des Stellvertreters ins Auge zu fassen, da der überwiegende Teil des Militärs angesichts des unbändigen Willens der iranischen Massen, die Revolution zu Ende zu führen, beschloss, sich nach den Massakern, die es seit Jahren an der iranischen Bevölkerung verübte und die an Grausamkeit in den letzten Wochen und Monaten gewannen, Khomeini und seiner Strömung gegenüber neutral zu verhalten. Nachdem sich bis zum 11. 2. die Situation in dramatischer Weise zuspitzte, die riesigen Demonstrationen für die provisorische Regierung Bazarghan und die aufflammenden bewaffneten Auseinandersetzungen und Gefechte in nahezu allen grossen Städten um die Eroberung der Kasernen, Besetzung von Polizeiposten, der Regierungsinstitutionen, der Universitäten etc. zwischen Militär und den iranischen Massen nicht mehr enden wollten, verlautbarte der Rat der iranischen Streikräfte, dass "die Streitkräfte sich in den politischen Unruhen neutral verhalten und den Befehl erhalten haben, in ihre Kasernen zurückzukehren... Die Armee unterstützt mit aller Kraft den Wunsch des Volkes."

DIFFERENZEN INNERHALB DER RELIGIÖSEN OPPOSITION

Am deutlichsten entlarvt sich die Rolle Khomeinis und seiner Berater, der iranischen Revolution die Spitze zu brechen und auf eine "friedliche Lösung" mit dem Imperialismus und seinen verbliebenen Bastionen im Iran zu bauen, wenn Khomeini noch am selben Tag, an dem die Gefechte um die wichtigsten Stützpunkte und Garnisonen des Militärs bereits begonnen und hunderten Menschen das Leben gekostet hatten, verlautbarte, dass "es der Unterdrückungsapparat und die Ungerechtigkeit sind, durch die die neuen Verbrechen begangen worden sind." Die Teilnehmer an militanten Aktionen verurteilte er, da sie "ihre Brüder getötet haben, um die Situation rückgängig zu machen und den Ausländern zu erlauben, das Land weiter auszuplündern... ich habe noch nicht den Befehl zum Heiligen Krieg gegeben, und ich wünsche noch immer, dass das Volk über seine Zukunft legal auf dem Weg der Wahlen entscheidet. Aber ich kann diese Roheiten nicht unterstützen. Wenn sie nicht mit dem Töten aufhören, wenn die kaiserliche Garde nicht in ihre Kasernen zurückkehrt, und wenn die Armeechefs nicht der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung ein Ende setzen, werde ich, im Namen Gottes, die letzte Entscheidung treffen. Die Ausrufung des Kriegsrechtes ist illegal und illegitim. Das Volk braucht es nicht zu respektieren. Habt keine Angst." Nachdem am 12. 2. die wichtigsten militärischen Einrichtungen im ganzen Land besetzt waren, forderten Berater Khomeinis die iranische Bevölkerung auf, die Waffen niederzulegen: "Unser Chef hat nur den Befehl an die Bevölkerung gegeben, sich auf den Kampf vorzubereiten. Er hat nicht den Heiligen Krieg ausgerufen." Man dürfte es nicht zulassen, "dass Unruhestifter, die durch Brandanschläge und Sabotage Verwirrung stiften wollen ... den Ruf der Nation beflecken. Es darf keine Angriffe auf Botschaften geben." Im Gegensatz dazu verteilte der Ayatollah von Teheran, A. Taleghani, der erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde und seitdem in enger Verbindung mit der Nationalen Front steht, an die Bevölkerung aus verschiedenen Polizei- und Militärstationen erbeutete Waffen. Angesichts der zugespitzten Situation, erklärte er gegenüber der Gefahr einer vielleicht möglichen US-Intervention: "Wir bekämpfen das Schah-Regime, weil es Handlanger der amerikanischen Politik ist. Uns stellt sich die Frage, warum sich Amerika mit unseren eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Im Kampf gegen diese Einmischung opfern sich ja die Menschen buchstäblich hier auf der Strasse. Und sie werden es auch weiterhin tun. Das Volk des Iran wird keine auswärtige Einmischung in seine Politik dulden... Die Menschen werden in keinem Fall diese Einmischung weiter hinnehmen; und vielleicht wird es hier dann noch schlim-

mer als in Vietnam." Auch zur Rolle der islamischen Strömung gegenüber dem neu zu schaffenden iranischen Staat hat er eine andere Einstellung als Khomeini. Während Khomeini davon ausgeht, dass sich der islamische Staat dadurch von anderen Staatsformen unterscheidet, "dass die Monarchien oder republikanischen Staaten ihre Verfassung entweder vom König oder den Volksvertretern erhalten, während der islamische Staat seine Gesetzgebungskraft von Gott erhielt. Staat im Islam heisst, die Gesetzgebung, die Gott dem Propheten übertragen hat, zu verwirklichen und sich ihm zu unterwerfen," formuliert Taleghani: "Wir werden nicht selber Kandidaten sein, aber wir werden unsere Augen offen halten und deutliche Weisungen geben. Wir werden die Wahlen genau beobachten und dafür sorgen, dass sie korrekt verlaufen, die Kandidaten korrekt aufgestellt werden. Aber die Menschen werden eine freie Wahl haben."

In letzter Zeit profilierte sich neben Khomeini und Taleghani der Ayatollah von Ghom, S. Madarie. Für ihn, der bislang der gemässigtste Schiitenführer im Iran war und ist, der immer versuchte, Kompromisse mit dem Schah-Regime zu erreichen und der bereit war, eine konstitutionelle Monarchie anzuerkennen, in der der Schah nur mehr Funktionen, die einem westlichen Staatspräsidenten nahekommen, wahrnehmen sollte, ist Gewalt von vornherein unvereinbar mit den Geboten des Islam. Auch dann, wenn sie sich gegen mutmassliche Angehörige der früheren Geheimpolizei SAVAK richtet. Nicht das Volk, sondern nur die geistliche Autorität habe das Recht, die Schuldigen zu bestrafen. Dass er in zunehmendem Masse Einfluss vor allem unter den Basarhändlern gewinnt, zeigen die Demonstrationen Tausender nach Abreise des Schah, die Bilder von ihm und Bakhtiar mit sich trugen, der nach der Abreise des Schah an die Verwirklichung seiner demokratischen Versprechungen gehe und mit dem es nun gemeinsam gelte, die iranische Wirtschaft wiederaufzubauen!

SOZIALISTISCHE REPUBLIK - ODER INTEGRATION IN DAS SYSTEM DER KAPITALISTISCHEN STAATEN

Soweit bis heute (dem 18. 2. 79) zu erkennen ist, straft die politische Entwicklung des Iran nach dem Sturz der Regierung S. Bakhtiar die Illusionen und bewussten Verfälschungen, im Iran werde nun eine "islamische Republik" aufgebaut, Lügen. Vor allem die aktuellen Massnahmen, die die neue Regierung setzte, zeigen, dass diese Entwicklung nicht einmal mehr von den religiösen Strömungen, die bis jetzt von Khomeini repräsentiert wurden, angestrebt wird. Dies wird schon bei der Zusammensetzung der provisorischen Regierung Bazarghan sichtbar: K. Sandjabi - Innenminister, D. Foronhar - Minister für Soziales, Ali Ardalan - Wirtschafts- und Finanzminister, E. Mobascheri - Justizminister, - alle sind führende Mitglieder der Nationalen Front. Als erstes forderte Bazarghan die iranische Bevölkerung auf, alle Waffen, die sie bis jetzt erbeutete, "der provisorischen Regierung zurückzugeben, um Chaos, Unsicherheit und Sorge zu vermeiden" und die Angriffe auf Garnisonen, Polizei- und Geheimdienststellen, Regierungsgebäude und ausländische Firmenniederlassungen, in die sich schah-freundliche Militäreinheiten zurückgezogen hatten, einzustellen. Der Angriff auf die amerikanische Botschaft am 14. 2. wurde von Khomeini scharf verurteilt. Said Teheranie, Mitglied des engsten Beraterstabes von Bazarghan erklärte: "Dies ist amerikanisches Eigentum. Wir wollen den Amerikanern keinen Grund zur Vergeltung geben." In allen ihren Aktionen setzte die neue Regierung genau das in die Praxis um, was S. Madari am eindeutigsten formulierte: "Die Gesetze des Islam müssen sorgfältig angewendet werden... Das Land darf Einfältigen und Unwissenden nicht gestatten, Brände zu legen oder Plünderungen zu begehen." Und zu Armee und Polizei: "Sie dürfen nicht an der Ausübung ihrer Pflicht gehindert werden... Die nächste Etappe ist der Aufbau der Nation, ein Werk, das ohne Mut, Ruhe und Zusammenarbeit undurchführbar ist. Wir müssen der ganzen Welt unsere nationale und religiöse Reife vor Augen führen." Das unbestreitbar erste Ziel, das die provisorische Regierung anstrebte, war, die kämpfenden Massen einerseits durch direkte Appelle und andererseits durch direkte Repression mit Hilfe der zu ihr übergewechselten Militär- und Polizeieinheiten und eigenen Garden zurückzudrängen und auszuschalten. Immer wieder appellierte sie an die "Revolutionäre, in allen Stadtteilen mit Hilfe der Einwohner und der religiösen Führer Kontrollgruppen, die für Frieden und Ordnung sorgen sollen, zu bilden."

In aller Kürze versuchte die Regierung noch während der Kämpfe, unter anderem mit Hilfe von Verhandlungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bakhtiar, verschiedenen Militärgouverneuren und führenden Generälen des Schah-Regimes, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt hatten, Armee und Polizei zu reorganisieren. Gegen diese durch nichts - auch nicht durch die Verhaftung und Liquidierung verhasster und gefürchteter Repräsentanten des Schah-Regimes - zu verhehlende Absicht, Armee und Polizei in ihren alten Strukturen wieder aufzubauen, regte sich bereits am Freitag, den 16. 2. grosser Protest. Über 50.000 Menschen, darunter viele Soldaten in Uniform, demonstrierten gegen die Übernahme zahlreicher Offiziere und Generäle des Schah-Regimes in die neue Armee und forderten die völlige Neuordnung der Streitkräfte zu einer "demokratischen Armee".

Gleichzeitig stiessen alle Bemühungen der Regierung Bazarghan, mit Hilfe von Versprechungen und der Bitte, ihr Glaubwürdigkeit und Anerkennung zu verleihen, von den Angestellten und Arbeitern, den Beamten, Universitäts-



Linke Fedajin demonstrieren auf der Universität Teherans gegen Bazargan.

professoren, Lehrern, den Bediensteten des Öffentlichen Dienstes, vor allem aber den Erdölarbeitern die Aufnahme der Arbeit zu erreichen, auf Schwierigkeiten. Bereits am 5. 2. erklärte der Vertreter der Erdölarbeiter, nachdem die Verhandlungen mit Bazarghan scheiterten, da dieser nicht bereit war, ihre Forderung nach Einsetzung einer gewählten Regierung und der Kontrolle der Verteilung des Erdöls zu akzeptieren: "Jetzt, wo die blutigen Kämpfe des iranischen Volkes in eine neue Phase getreten sind, jetzt, wo unser heldenhafter Streik über 90 Tage dauert und damit die Hähne für den Ölexport geschlossen sind, also die Schlagader der vom Imperialismus abhängigen Reaktion mit der Anstrengung aller Klassen und Schichten des Volkes durchschnitten ist und damit die Verjagung des Regimes aus seiner wichtigsten Stellung, nämlich die Verjagung des Schah aus dem Lande gelungen ist; jetzt wo der erste Sturm sich gelegt hat und wo die Ruhe vor dem grössten Sturm herrscht, ist der geeignete Moment gekommen für gut singende Vögel mit ihren zarten Knochen, um aus ihrem Versteck zu treten und sich zu präsentieren.

Mit dem wahnsinnigen Gedanken, der Weg sei zu Ende, obwohl die Bewegung unseres Volkes, die viel Blut gekostet hat, erst die erste Phase, die Vorrevolution erreicht hat; mit dem Gedanken, mit der Leiche des verbrecherischen Regimes sich Vorteile zu verschaffen, mit der Vorstellung, Vertreter oder Minister zu werden, wollen sie jetzt durch die Ergreifung gewisser Instrumente, durch die Unterdrückung von Meinungen, dafür sorgen, dass jede Verbreitung des Rufs nach Freiheit verhindert werden soll, (und zwar) mit der Begründung, mit dem Vorwand, dass sonst Spaltung und Uneinigkeit auftauchen könnten..."

Obwohl Bazarghan bisher zur weiteren Entwicklung der iranischen Wirtschaft noch nicht Stellung bezogen hat, ist ziemlich eindeutig, dass in Zukunft von dieser Seite wohl nicht in Richtung sozialistischer Planwirtschaft, die sich auf die bestehenden Komitees der Arbeiter und Angestellten stützen wird, gearbeitet wird, sondern eher der Islam zugunsten der Privatinitiative gegen allzu starke staatliche Interventionen interpretiert wird. Nicht umsonst erklärte bereits am 4. 2. das 'Teheran Journal': "Uns scheint, dass wir dieselben Theorien schon einmal gehört haben. Andere Regimes haben bereits einen grossen Teil unserer Industrie nationalisiert oder pahlevisierte, gigantische Fabriken geschaffen, die zu nichts gut sind, und den kleinen Geschäftsleuten jede Initiative verweigert... (Man) redet vom Kampf gegen die Ineffizienz des bürokratischen Systems, aber (man) vergisst, dass man durch die Nationalisierung einen bereits überlasteten Apparat noch schwerfälliger macht. Wenn (man) von der Schaffung einer eigenständigen Industrie spricht, glaubt (man), dass es genügt, Automobile zu entwerfen, damit sie eine eigene Realität annehmen. (Man) schlägt vor, die Schulden der Ausländer zu streichen, und vergisst, dass wir selbst bald gezwungen sein werden, im Ausland zu borgen."

DIE ROLLE DER TUDEH-PARTEI

Wie sich an zahlreichen Beispielen der iranischen Revolution belegen lässt, spielte die vollständig von der Moskau-Bürokratie abhängige TUDEH-Partei immer schon eine für die Arbeiterklasse, die unterdrückten Bauern und die nationalen Minderheiten verhängnisvolle Rolle. Gemäss ihren Weisungen, nahm sie zu Beginn des revolutionären Prozesses gegen das Schah-Regime von diesem keine Kenntnis und schwenkte erst kurz vor dem Sturz der Schah-Herrschaft auf die Unterstützung der religiösen Opposition ein, ohne allerdings ihre ablehnende Haltung gegenüber jeder selbständigen Aktion der iranischen Massen aufzugeben. Das iranische Volk wünsche sich eine demokratische Regierung und Republik, die "dem Land den Weg zu einer progressiven Politik ebnet". Laut Nurredin Kianuri, dem 1. Sekretär der Tudeh-Partei, gebe es zwar im Islam verschiedene Tendenzen, aber die Richtung, die durch Khomeini vertreten werde, sei die, "die ausgesprochen antiimperialistische, demokratische, volksverbundene Züge aufweist und deshalb von der gesamten Bevölkerung und von unserer Partei unterstützt wird... Was uns Kommunisten interessiert, ist der Inhalt dieser Bewegung, den wir für objektiv progressiv halten und deshalb unterstützen. Wir werden alles daransetzen, um eine Einheitsfront mit der progressiven muselmanischen Bewegung zu erreichen." Die Konsequenz dieser klassenverräterischen Position war demnach auch die, dass sich die Tudeh-Partei kurz nach dem Amtsantritt Bazargans, ohne noch überhaupt seine Politik zu kennen, voll hinter diesen gestellt hat.

LINKE AKTIONEN GEGEN DIE NEUE REGIERUNG UNTER BAZARGAN

Wie bereits oben erwähnt, trafen die ersten Massnahmen der neuen Regierung, das Militär zu restaurieren und die arbeitende Bevölkerung mit Versprechen und später auch massiven Drohungen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, einerseits auf den Widerstand meist einfacher Soldaten und Offiziere niederer Ränge, die die demokratische Neugestaltung der Armee forderten und andererseits weigerten sich die unzähligen unabhängigen Arbeiter- und Angestelltenkomitees die Arbeit aufzunehmen, ohne dass die Fragen nach einer allgemeinen demokratischen Wahl einer neuen Regierung und die Festlegung ihrer Politik und der Einflussnahme der arbeitenden Bevölkerung beantwortet sind. Neben den verschiedenen linken Gruppen gewannen die zwei grössten Guerillaorganisationen, die Volksmodjahedin und die Volksfedayin, vor allem durch ihre mutige und entschlossene Teilnahme am Sturz der Bakhtiar-Regierung, in der Bevölkerung an Einfluss. Sie waren es auch, die sich von Anfang an den Bemühungen der neuen Regierung und den sie repräsentierenden religiösen wie politischen Strömungen, die nun beginnen, die revolutionären Geister, die sie gezwungen waren zu rufen, zu fürchten, entgegenstellten. Inwieweit jedoch ihre Versuche, sich gegen die zunehmende Einschüchterung und Demobilisierung der iranischen Massen zu stemmen, erfolgreich sein werden, wird vor allem darin liegen, inwieweit sie ihre zwiespältige Haltung gegenüber der religiösen Bewegung und vor allem deren Führung überwinden können. So fordern sie auf der einen Seite, dass die vom Volk erbeuteten Waffen bis zum schliesslichen Sieg in den Händen des Volkes bleiben sollen, gestehen aber andererseits den religiösen Führern das Recht zu, die Verteilung der Waffen zu kontrollieren. Obwohl sie erkennen, "dass man uns isolieren will und dass der Platz der Arbeiterklasse leer bleibt, obwohl die letztere ein bestimmendes Element des Kampfes war, besonders durch den Streik der Ölarbeiter, die einen entscheidenden Schlag gegen das Regime geführt haben," fordern sie die Beteiligung an eben dieser Regierung. "Die Generäle, die gegen das Volk gewesen sind, drehen ihre Weste um und werden in ihren Funktionen belassen, während Appelle an die Kräfte gerichtet werden, die am Kampf teilgenommen haben, die Soldaten- und Avantgardebewegungen... Personen, die nicht am Kampf teilgenommen haben, werden in die Regierung aufgenommen oder haben verantwortungsvolle Posten erhalten... Wir fordern, dass die politische Reorganisation zusammen mit den Volkskräften vorgenommen werden muss." Unfähig zu erkennen, dass es gerade diese Regierung Bazargan ist, die mit Hilfe des Referendums in zwei Wochen der revolutionären Bewegung endgültig die Spitze brechen will, können sie den iranischen Massen auch nicht die Alternative des Kampfes für eine Arbeiter- und Bauernrepublik weisen.

20. Februar 1979

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Spanien

ihre Gegnerschaft zum Beitritt Spaniens in die NATO, gegen die Verlängerung der Abmachungen über die zahlreichen US-Stützpunkte auf der Iberischen Halbinsel hat jedoch die PSOE-Führung nichts mehr einzuwenden. "Jetzt wenden die Sozialisten gegen die Stützpunkte nichts mehr ein. Sie wollen den Vertrag mit Amerika durch zweiseitige Militärabkommen mit europäischen Ländern wie der Bundesrepublik und auch neutralen Staaten wie Schweden ergänzen." ('Frankfurter Allgemeine Zeitung') Noch 'kompromissloser' sind bekanntlich die Stalinisten. Carillo akzeptiert Stützpunkte und die NATO!

DIE 'DEMOKRATISCHE ALLIANZ' FRAGA IRIBARNES

Die Wahlen werden unter anderem darüber Aufschluss geben, inwieweit die Unzufriedenheit im spanischen Kleinbürgertum fortgeschritten ist und es der rechtsbürgerlichen 'Demokratischen Allianz' um Fraga Iribarne, dem einstigen Franco-Minister und Jose Maria de Areilza gelingt, dort weiter Fuss zu fassen. Fraga versuchte sich in den letzten Monaten als Alternative für einen solchen Radikalisierungsprozess im Kleinbürgertum zu profilieren. Er hat nach der Wahl 1977 zwar den Kurs einer offenen francistischen Politik verlassen und damit dem Umschichtungsprozess im spanischen Mittelstand Rechnung getragen, stellte sich aber weiterhin als denjenigen dar, der besser als Suarez und die Reformisten mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem 'Terrorismus' fertig werden könnte.

Die Gefahr eines rechten Militärputsches besteht heute unmittelbar nicht. Den rechtsextremen Militärs und faschistischen Banden fehlt die dazu notwendige soziale Basis. Ihr Rückhalt ist allerdings nach wie vor relativ gross. Die francistischen Bastionen im spanischen Staat sind voll intakt, ihre Fäden reichen direkt in die Allianz Fraga Iribarnes und bis in die UCD hinein. Gelingt es ihnen, zu wachsen, trügen die Reformisten einen Gutteil der Verantwortung, da sie mit ihrer Aussöhnungspolitik mit Suarez und der Zustimmung zur kapitalistischen Krisenpolitik nicht bloss die Interessen der Arbeiter verraten, sondern auch das Kleinbürgertum nach rechts treiben. Dies kann eine Rechtsentwicklung einleiten, die sich sehr schnell aufgrund der ungebrochenen Kontinuität des francistischen Apparates organisieren liesse und die im verstärkten Masse mit den 'Halbheiten' der PCE und PSOE aufräumen würde.

Die neue Verfassung hat den spanischen Massen keinerlei Vorteile gebracht. Die in ihr versprochenen demokratischen Freiheiten hatte es entweder de facto schon vor dem 6. Dezember gegeben - einfach aufgrund der Kampfkraft des spanischen Proletariats - oder sie wurden dort, wo es den Polizeikräften möglich war, auch nach dem Verfassungsreferendum mit Füssen (oder besser: mit den Schusswaffen der Polizei- und Militäreinheiten) getreten. Unter massivster Unterstützung der 'Sozialisten' und 'Kommunisten' sind die Arbeiter an diese verlogene Verfassung gebunden, die Bevölkerung ist aufgerufen worden, dafür zu stimmen. Das Militär, so wird dort festgestellt, kann in "Kriegszeiten" alle verfassungsmässig zugesicherten Rechte wieder aufheben. "Krieg" gibt es in Spanien ja die ganze Zeit - dann nämlich, wenn es den 'Terrorismus' zu bekämpfen gilt. Auch dies berücksichtigte die Verfassung und legte schriftlich fest, dass Briefgeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung und Begrenzung der Haftdauer von 72 Std. für Personen ausser Kraft gesetzt werden können, die als 'Terroristen' verdächtig sind. Kurz gesagt: der spanische Staat erachtete es für wichtig, die Aufrechterhaltung seines Repressionsapparates gegen die Arbeiterbewegung zu Papier zu bringen und dennoch die Massen zu illusionieren. Emsigste Helfer dabei, wie gesagt, waren die Reformisten.

PCE und PSOE stehen dabei voll auf der Seite der imperialistischen Einheit Spaniens, der die gewährte "Autonomie im Rahmen der Verfassung" keineswegs widerspricht. Die baskische Bourgeoisie etwa mag sich im wesentlichen mit der administrativen Dezentralisierung, dem Generalrat und anderem, eingeschränkt durch gewichtige Kompetenzen des spanischen Staates in wichtigen Bereichen der Wirtschaft, der Innenpolitik und des Militärs, abfinden. Sie wünscht gar kein wirklich autonomes Baskenland. Ihre Organisation, die PNV, hat dies oft genug betont. Der Hass der Massen auf die Zentralmacht in Madrid richtet sich hingegen auf die staatliche Willkür und kapitalistische Ausbeutung. Das Elend des kapitalistischen Spanien hat im Baskenland, in Katalonien, Andalusien usw., besonders scharfe Formen angenommen. Die Arbeitslosigkeit ist dort noch höher als im übrigen Spanien. Daran hat sich bis 1978 überhaupt nichts geändert. Die Farce der 'demokratischen Verfassung' hat die Illusion aufgezeigt, auf legalistischem Wege etwas erreichen zu wollen. Die Verbitterung der unterdrückten Nationalitäten steigt und wird erst recht auf den Weg des Separatismus gedrängt (siehe zur Baskenfrage, 'permanente' Nr. 21).

Die verstärkten Aktivitäten der militanten ETA sind zweifellos vor diesem Hintergrund zu sehen. Das 'offizielle' Spanien antwortete mit einer Terrorhysterie und brutalen Polizeieinsätzen. Anfang des Jahres wurden weitere 2.000 Guardia-Civil-Polizisten in das Baskenland verlegt, womit sich ihre Zahl auf stattliche 10.000 erhöhte. Der Arm der spanischen Regierung reicht bis nach Frankreich. Auf Manuel Pagoaga, einen Führer der ETA, wurde im französischen Baskenland ein Anschlag verübt. Der spanische Aussen-



Auch in Spanien wird unter dem Vorwand des Kampfes gegen den "Terrorismus" der staatliche Unterdrückungsapparat ständig ausgebaut. Und auch in Spanien erfüllen die Sozialdemokraten und Stalinisten ihre Rolle als "nützlicher Idiot" der Bourgeoisie, indem sie diese Aufrüstung gegen die Arbeiterklasse noch fleißig und brav unterstützen. Im Bild das Begräbnis eines "Opfers" der ETA

minister Oreja konferierte mit französischen Regierungsstellen, damit politische Flüchtlinge aus dem Baskenland in Frankreich keine Aufenthaltsbewilligung mehr erhalten. Er war erfolgreich!

Mit in der Front der 'Terroristen'-Jäger befinden sich die Reformisten. Während der spanische Staat die ETA-Anschläge ungemein aufbauscht und seine Repressionsmassnahmen verschärft - d. h. Massnahmen trifft, deren Stossrichtung weit über die ETA hinausgeht und unmissverständlich gegen die spanische Arbeiterklasse gerichtet ist - organisieren PCE und PSOE im ganzen Land 'Antiterror'-Demonstrationen: "Nein zum Terrorismus!" In einer Zeit, in der sich in der spanischen Armee reaktionäre Offiziersscliquen zusammenschliessen, sind für Carillo nicht diese die "Verbündeten Nr. 1 der extremen Rechten" (14. 1. 1979), sondern die Kämpfer der ETA.

Tierno Galvan, Ehrenpräsident der PSOE - seine 'Sozialistische Volkspartei' war im Juni 1977 in die PSOE eingetreten - bewundert die Streitkräfte, die die "Helden der Freiheit" seien und die Verfassung verteidigen würden...

Im Februar 1979 ist die Regierung ihren Weg konsequent weitergegangen. Mit einem 'Antiterror-Dekret' "zum Schutze der Bürger", will sie die Teilnahme an Streikposten in der Schwere des Delikts einem Terrorakt "angleichen". Das ist haargenau die Logik, die schon in der Hetze gegen den 'Terror' angelegt war: gerichtet ist sie letztlich gegen die Arbeiterklasse. PCE und PSOE hatten sich die ganze Zeit gegen den 'Terror von links' stark gemacht. Jetzt schreckten sie zurück und protestierten gegen die Regierungsverordnung, die ohne das Parlament beschlossen und angewendet werden kann. "Schon während des Wahlkampfes kann es jetzt angewendet werden." ('Frankfurter Allgemeine Zeitung' ...) Zugleich sieht es erhebliche Einschränkungen sogar für die bürgerlich-liberale Presse vor. Es belegt "die öffentliche Verteidigung, schriftlich oder mündlich, durch die Presse oder andere Kommunikationsmittel" von Personen, "die zu organisierten und bewaffneten Gruppen (Streikposten! - 'p. r.') gehören", mit schweren Gefängnisstrafen. Damit könnte die gesamte linke Presse und selbst die der Reformisten verboten werden.

KLASSENJUSTIZ IN DER BRD

Croissant verurteilt

Rechtsanwalt Croissant wurde vor kurzem vom Landgericht Stuttgart nach fast einjähriger Prozeßdauer zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und vier Jahren Berufsverbot verurteilt. Damit ging ein weiterer Prozeß im Rahmen einer Unmenge von Prozessen gegen fortschrittliche Anwälte zu Ende, in deren Mittelpunkt die weitere Einschränkung der Verteidigerrechte stand.

Die Anklage lautete auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (konkret der inzwischen ermordeten Genossen der RAF), weil die Rechtsanwälte die Übermittlung im System des Informationsaustausches zwischen den Gefangenen übernahmen. Im Voraus: Die Anklage gegen die RAF-Genossen war eine Blockanklage, d.h. sie richtete sich gegen alle Inhaftierten, diese konnten sich aber aufgrund ihrer Isolation voneinander nicht gemeinsam mündlich auf die Verteidigung vorbereiten.

Was war das Info-System nun wirklich?

Im wesentlichen lief über das Info eben die Diskussion über die gemeinsame Verteidigung und damit auch die politische Diskussion zwischen den Genossen. Dies diente nun klarerweise einmal der konkreten Verteidigung vor Gericht, aber auch der Erhaltung des politischen und persönlichen Selbstverständnisses, der Identität der Gefangenen. Und genau dies ist der springende Punkt, um den es der Anklage im Prozeß gegen Croissant ging.

Sollte schon generell die Hetze, der gesamte vom Staatsapparat ausgehende Druck, unter anderem zur Verunsicherung und Selbstverleugnung der Linken führen, so war dies - mit wesentlich weitergesteckten Zielen - besonders bei den Genossen der RAF der Fall. Briefzensur, Schreibverbote, Isolation voneinander, Besuchsverbote, diverse andere psychische Unterdrückungsmittel und - als zweifellos schärfstes Mittel - die totale Isolationshaft - alle diese Mittel dienten der Erreichung eines Zieles: der vollständigen Brechung der politischen und persönlichen Identität der Genossen. Genau der Identität, zu deren Erhaltung eben das Info-System beitrug! Dies war also der eigentliche Grund, der Kern der Anklage gegen Croissant. Alles andere, wie z.B. die angebliche "Beförderung von Plänen mit krimineller Zielsetzung" war bloß Beiwerk, mit dem sich die Anklage allerdings auch gründlich in die Nesseln setzte. Denn erstens waren alle militärischen Schriften, soweit sie überhaupt ankamen, gestempelt, d.h. von der Gefängnisverwaltung eingesehen worden und zweitens hatten die Genossen - anfangs und nur begrenzt - Zutritt zur Gefängnisbibliothek, worin ebenfalls Schriften dieser Art zu finden waren. Der somit übrigbleibende Kern der Anklage widerspricht völlig dem bürgerlichen Gesetz, in dem zum Zweck der U-Haft folgendes gesagt wird: Die U-Haft diene nur zur Verhinderung der Verdunkelung und der Flucht. Nur zu diesem Zweck darf die persönliche Freiheit eingeschränkt werden. (§ 119 StPO) Anklage und somit auch die Verurteilung sind also selbst 'illegal'...

Dies verwundert uns nicht im geringsten. Wir haben schon oft gesehen, daß die Bourgeoisie ihre Gesetze bricht, wenn es für sie notwendig ist. Und sie wird dies auch weiterhin tun. Im Prozeß gegen Croissant war dies nun allerdings sehr notwendig. Das Urteil mußte so kommen, es war gewissermaßen vorprogrammiert:
Croissant war jahrelang als "der Terroranwalt" Hauptzielscheibe der Hetze gegen die RAF-Verteidiger von Seiten der Presse, des BKA und der Bundesanwaltschaft. Gegen ihn war zweimal zwischenzeitlich ein begrenztes Berufsverbot verhängt worden. Sein Büro war oft vom BKA durchsucht und dabei auf den Kopf gestellt worden. Er wurde, genauso wie Schily, Grönewold, Ströbele etc. unter dem Hinweis auf den "Mißbrauch der Verteidigerrechte" von den Stammheimer Prozessen ausgeschlossen, was für sich schon einer Vorverurteilung gleichkommt. Dieser 'Mißbrauch' schließlich war der offizielle Anlaß zur Durchpeitschung einer reaktionären Strafprozeßrechtsreform. Wie gesagt, vorprogrammiert ... Und das Gericht erfüllte, ebenso wie im Prozeß gegen Rechtsanwalt Grönewold - der wegen der gleichen Sache schon im letzten Sommer verurteilt wurde - seinen Auftrag getreulich. Die faktische Einschränkung der Verteidigerrechte [illegible] gerichtlich legitimiert und abgesichert.

DIE WAHLEN AM 1. MÄRZ

Eine genauere Analyse der Kandidatur der extremen Linken bringen wir in der nächsten Ausgabe der 'permanenten'. Mit 11 Bündnissen wird sie am 1. März verteten sein. Auf den Wahllisten kandidieren neben UCD, PSOE und PCE noch insgesamt 21 Wahlkoalitionen von extrem rechts bis links, doch nur fünf sind imstande, sich in mehr als 25 Provinzen zu beteiligen.

Die spanische Grossbourgeoisie ist sich darüber im Klaren, dass sie schliesslich nur mit einer verschärften Restriktionspolitik die gewaltigen Probleme, die auf Spanien, d. h. auf die spanische Arbeiterklasse, zukommen, überwinden kann. Um dem relativ kampfstarken Proletariat dies 'beizubringen', stehen ihr in der gegebenen Klassenkampfsituation in erster Linie die Reformisten zu Verfügung.

Seit dem Tode Francos haben sie den Herrschenden Spaniens geholfen, den 'bruchlosen' Übergang zu schaffen - ohne jemals in der Regierung gesessen zu sein. Eine Regierungsbeteiligung der PSOE nach dem 1. März würde zum einen die Erwartungen der Arbeiter in die Höhe schrauben, ihre Interessen zu verteidigen. Die sozialdemokratischen Führer kämen angesichts der präkeren wirtschaftlichen Situation Spaniens alsbald in eine verzwickte Lage, die Erwartungen ihres Arbeiteranhanges enttäuschen zu müssen. Die schon heute existierende Opposition innerhalb der PSOE gegen den Rechtskurs von Gonzales erhielte sicherlich einen Auftrieb und könnte sich stärken.

Eine Koalition UCD-PSOE, die nach der letzten Entwicklung nicht unwahrscheinlich ist, hiesse, dass die Kapitalistenklasse vorerst noch eine schrittweise Zermürbungstaktik gegen-

über der Arbeiterklasse anzuwenden gedenkt, ohne eine grosse Konfrontation zu suchen. Die PCE hat sich seit Ende des Vorjahres bereits auf diese Variante eingeschworen. Im Hintergrund, gar nicht so weit in die Ferne gerückt, zeichnet sich die Front mit Fraga Iribarne ab, die eine schärfere Gangart der spanischen Bourgeoisie bedeuten würde.

25. Februar 1979

ZUM WAHLAUSGANG

Wichtige Informationen über die Wahlergebnisse waren zu Redaktionsschluss noch nicht zu erfahren: Wie hat sich die Wahlberechtigtenzahl verändert, in welchen Regionen gab es die hohen Wahlenthaltungen? Dennoch können einige Kernaussagen getroffen werden. Neben der relativ hohen Wahlenthaltung von 32% (noch höher als 1977) ist der krasse Abfall des rechten Lagers das markanteste Ergebnis. Fraga Iribarnes CD verlor 7 ihrer früheren 16 Abgeordnetensitze. 4%, die 1977 noch die CD gewählt hatten, so behauptet zumindest die bürgerliche Presse, hätten sich am 1. März 1979 für die UCD entschieden.

Zutreffend daran ist ohne Zweifel, dass es der Regierungspartei von Suarez gelungen ist, sich zu festigen und vor allem das Kleinbürgertum noch stärker an sich zu binden. Der katalanische Bauer, der Angestellte und Beamte glauben heute mehr an die "Sicherheiten" und eine "dynamische", westeuropäisch ausgerichtete "Demokratie" die Suarez verspricht.

Ein anderer Teil ehemaliger CD-Wähler scheint diesesmal auf die Stimmabgabe verzichtet zu haben, was der gegenwärtigen Konfusion und Perspektivlosigkeit entsprechen dürfte, die sich im rechten kleinbürgerlichen Lager breitgemacht hat.

Sowohl PSOE als auch die PCE haben leicht gewonnen. Allerdings sind ihre Erfolge bescheiden, vor allem wenn man jene Prognosen zum Vergleich nimmt, die vor dem 1. März den spanischen Sozialdemokraten ausgestellt worden sind. Ihre Anbiederungsversuche an Suarez vermochten nicht relevante kleinbürgerliche Schichten zu überzeugen. Der "rote" Gonzales von der PSOE, der zwar in letzter Zeit nicht mehr, wie noch 1977, hemdsärmelig, wortradikal auf Arbeiter getrimmt, sondern in Anzug und mit Krawatte auf Stimmenfang gegangen ist, ist dem spanischen Kleinbürger doch noch nicht ganz so geheuer.

Die bürgerliche Presse meint, dass sich die spanische "Demokratie" gefestigt hätte. Diese Tröpfe "verwechseln" Suarez mit der Demokratie und "vergessen" dabei die Schwäche des spanischen Kapitalismus, die das "Gleichgewicht", das sich 1978 eingestellt hatte, bald wieder zerstören kann. Es kann sich bald herausstellen, dass die politische Stabilisierung in Spanien auf sehr hohlen Füssen steht.

Wie unerträglich bereits heute die Situation für die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten ist, schlägt sich andeutungsweise, selbst mit den Informationen, die wir jetzt besitzen, in den Wahlergebnissen nieder. Die bürgerlichen Kräfte der unterdrückten Nationalitäten haben allesamt verloren. Die "Baskische Nationalpartei" und die "Katalonische Union" bauten 1 bzw. 3 Mandate ab, während die "Baskische Linke", das ist der politische Flügel der ETA, relativ stark dazugewinnen konnte. An sich hätte sie nun statt einem, 4 Sitze in Madrid.

Die "demokratischen Freunde" Spaniens sind "über das Auftreten von regionalen Splittergruppen besorgt." Den "grossen Parteien" sei es nicht gelungen, die "Demokratie verständlich ins Volk zu tragen." ("Presse", 3./4. März 1979) Ja, so kann man es auch sagen.

3. März 1979

Kampagne zur Rehabilitierung Bucharins

Am 13.3. 1938 [illegible] Bucharin zusammen mit 17 Mitangeklagten im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tod verurteilt und zwei Tage später erschossen. Sein Todesurteil war der Höhepunkt der physischen Liquidierung jeder Art von Opposition, die es im ersten Jahrzehnt der UdSSR gegeben hatte. Bucharin, "Liebling der Partei", wie Lenin ihn selbst genannt hatte, gehörte zu den wichtigsten Führern der Bolschewiki. Von 1924 bis 1929 war er Mitglied des Politischen Büros der KPdSU, von 1926 - 1929 Vorsitzender der Komintern gewesen.

Hatte er in den ersten Jahren nach dem Oktoberumsturz (und schon vorher) einen linksradikalen Kurs verfolgt (Lenin polemisierte z.B. gegen Bucharins These eines "revolutionären Krieges" gegen Deutschland in der Auseinandersetzung um den Diktatfrieden von Brest-Litowsk), so wurde er nach Lenin's Tod die ideologische Stütze der stalinistischen Bürokratie. Er unterstützte voll die Ideologie des "Sozialismus in einem Lande", und vertrat den Aufbau des Sozialismus im "Schneckentempo". In der Auseinandersetzung um die NEP (Neue ökonomische Politik) war er einer der radikalsten Vertreter einer langfristigen Bevorzugung des Kulakentums (Großbauerntums) in der trügerischen Hoffnung auf einen Aufschwung der Landwirtschaft.

Als die Bürokratie gezwungen war, auf Grund der Krise in der Getreidebeschaffung (die von ihr so bevorzugten Kulaken boykottierten die Lebensmittelversorgung der Städte) die lange von der Linken Opposition geforderte Industrialisierung voranzutreiben, widersetzte sich Bucharin diesem Kurs und bildete mit Rykow, Tomski und anderen die rechte Opposition. Er wurde entmachtet, verlor seine führenden Positionen, bis ihm schließlich 1938 gemeinsam mit 19 anderen der Prozeß gemacht wurde. Die Anklage - Spionage, Bildung eines terroristischen Zentrums in Verbindung mit der Gestapo - war genauso absurd wie die Beschuldigungen in den Prozessen gegen Sinowjew, Kamenjew, Radek, Pjatakow und den abwesenden Hauptangeklagten Trotzki. Mit der Liquidierung Bucharins schließlich hatte sich Stalin aller früheren Führer der Bolschewiki aus der Zeit der Revolution entledigt.

1956 wurden diese Verbrechen Stalins durch Chruschtschows Rede vor dem 20. Parteitag der KPdSU eingestanden und einige Opfer der Moskauer Prozesse posthum rehabilitiert. Obwohl aber Chruschtschow selbst zugab, daß die Geständnisse der damaligen Angeklagten durch Folter und psychischen Druck (Sippenhaftung) erpreßt worden waren, ist kein einziger der wichtigsten Führer der Bolschewiki - Trotzki, Sinowjew, Kamenjew oder Bucharin - rehabilitiert worden. 1965 appellierten vier alte Bolschewiki in einem Brief an das Polit-Büro, das Urteil gegen Bucharin aufzuheben und ihn wieder in die Partei aufzunehmen; sie starben aber, bevor sie eine Antwort erhielten. 1976 wandten sich Anna Larina und Yuri Larin, Bucharins Frau und Sohn mit einem ähnlichen Appell an Breschnjew und den 25. Parteitag der KPdSU (Larina selbst hatte 18 Jahre in Arbeitslagern und Verbannung zugebracht und war erst 1956 freigelassen worden). 1977 erhielten beide eine Antwort der Kontrollkommission der KPdSU mit dem Inhalt, daß Bucharin nicht wieder in die Partei aufgenommen werde, ehe das Urteil von 1938 nicht wieder aufgehoben worden sei.

Im März 1978 bat Larin in einem Brief den Führer der KPI Berlinguer um Unterstützung. Eine Kopie des Briefes ging an die Bertrand Russel Peace Foundation, die eine internationale Kampagne für die Wiederherstellung der Ehre Bucharins zu koordinieren begann. Führende Mitglieder der KPI, KPF, KPGB, der KP Australiens ebenso wie Mitglieder anderer Strömungen der Arbeiterbewegung unterzeichneten bereits den Appell der Russell-Foundation. Trotz dieser breiten Unterstützung vor allem auch in der englischen Arbeiterbewegung bedarf es zur Durchsetzung des Appells noch eines langen und schwierigen Kampfes. Bucharin oder Sinowjew oder Kamenjew zu rehabilitieren, würde automatisch die Frage nach einer Rehabilitierung Trotzkis nach sich ziehen; tatsächlich stellte der KPI-Historiker Spriano fest: "Wenn wir heute für Bucharin kämpfen, so kämpfen wir morgen für Trotzki".

Trotzki war jedoch der einzige der verfolgten bolschewistischen Führer, der den Charakter der Sowjetbürokratie analysierte und die Notwendigkeit einer politischen Revolution in der Sowjetunion propagierte, die die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution sichert, während sie die politische Macht der Bürokratie entreisst und in die Hände der Arbeiterklasse legt. Aus diesem Grund wäre es für Breschnew besser, Stalin zu rehabilitieren als Bucharin.

(aus "Intercontinental Press" 16/46)

Die SOAK zum indochinesischen Konflikt:
Verworrenes aus der Studierstube

Unter den vielen Möglichkeiten,die Unterstützung Vietnams zu begründen, ist die Position der SOAK wohl die obskurste. Ihre Jänner/Februar Ausgabe versucht zu erklären, warum das Pol Pot-Regime zum Scheitern verurteilt war und kommt zu dem interessanten Schluss, dass es der Rückgriff auf gesellschaftliche Formen sei, "die Marx unter dem Begriff der asiatischen Produktionsweise analysiert hat (primitives Kollektiveigentum, Zwangsarbeit, entscheidende Rolle der Arbeiter für die Sicherung der Bewässerung, despotische Bürokratie) ..."
Und eine derartig "reaktionäre Gesellschaftsform bäuerlichen- bürokratischen Charakters auf der Basis einer vorkapitalistischen Wirtschaft" kann nach Meinung des SOAK-Genossen nicht einmal verbal Unterstützung von Seiten der Revolutionäre erfahren, womit die Expansion der vietnamesischen stalinistischen Bürokratie auf kambodschanisches Gebiet voll als progressiver Schritt gerechtfertigt werden kann. Man findet es nicht einmal der Mühe wert, konkret auf die politische Situation Kambodschas einzugehen, ob es zum Beispiel Ansätze eines Kampfes gegen die herrschende Bürokratie gab oder nicht, die 'prinzipielle' Frage nach dem fortschrittlichen, bzw. reaktionären Charakter des Regimes hat die Frage gelöst ...

WAREN DIE PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE IN KAMBODSCHA TATSÄCHLICH MIT JENEN DER ASIATISCHEN DESPOTIEN GLEICHZUSETZEN?

Die Tatsache, dass es "kaum Warenproduktion, sondern primär landwirtschaftliche Subsistenzproduktion, kein Geld sondern primitive Tauschformen zur Zuteilung der notwendigen Nahrung bzw. Kleidung gab", reichen nicht im mindesten aus, um auf eine asiatische Produktionsweise rückschliessen zu können, selbst dann nicht, wenn sie kombiniert sind mit Zwangsarbeit, Kollektiveigentum, despotischer Bürokratie und Entvölkerung der Städte, d.h. totaler Konzentration auf die Landwirtschaft.

Sämtliche Merkmale, die einander übrigens zum Grossteil bedingen, lassen erstmals nur auf ein sehr schwach entwickeltes, wenig industrialisiertes Wirtschaftsgebilde schliessen, das von Agrarwirtschaft geprägt ist.
Mehr oder weniger stark ausgeprägt können wir diese typischen Merkmale in sämtlichen "deformierten Arbeiterstaaten" antreffen, die sich vor der Revolution in einem kolonialen oder halbkolonialen Abhängigkeitsverhältnis zum Imperialismus befunden hatten.
Krieg und Bürgerkrieg, die der sozialen Revolution vorhergehen, zerstören die ohnedies schwachen wirtschaftlichen Strukturen vollends und zwingen die neuen Machthaber zu äusserst drastischen Massnahmen - wie Zwangsarbeit, Requirierungen bei der ohnedies armen Landbevölkerung, Aufgabe städtischer Betriebe, die nur unter der Voraussetzung agrarischer Überschüsse lebensfähig sein können!

Nähme man die Kriterien des SOAK-Autors ernst, so müsste man konsequenterweise die Jahre des russischen Kriegskommunismus (1921-1923) als eine Periode verstehen, in der die Sowjetunion in die asiatischen Produktionsverhältnisse zurückgefallen ist, denn damals herrschten in der Sowjetunion trotz der industriellen Strukturen in den Städten sehr ähnliche Zustände wie später in China, Nordkorea, Vietnam und in zugegebenermassen sehr krasser Form in Kambodscha. Durch die Grösse des Landes, die ungeheuren Naturschätze und eine starke bolschewistische Partei, die durch ein sehr klassenbewusstes Proletariat gewachsen war, war die Sowjetunion in einer ungleich günstigeren Ausgangsposition als jedes andere jener unterentwickelten Länder.

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

Sowjetunion

Am 30.Jänner '79 wurden drei armenische Dissidenten in Moskau hingerichtet. Die drei Verurteilten, Stepan Zadikian, Hagop Stepanian und Zaven Baghdassarian, sollen im Jänner 1977 eine Bombe in der Moskauer Metro gelegt haben. Dieses Attentat hatte nach offiziellen Angaben mindestens 7 Tote und mehr als 30 Verletzte gefordert.
Ob diese Beschuldigungen den Tatsachen entsprechen, ist jedoch ungewiß. Stepan Zadikian, einer der Verurteilten, war nach Angaben A.Sacharows zum Zeitpunkt des Anschlages nicht einmal in Moskau. Fest steht, daß Zadikian der politischen Unterdrückung der armenischen Minderheit durch die Bürokratie ablehnend gegenüberstand. Er hatte schon 5 Jahre wegen "anti-sowjetischer Aktivität und Propaganda" in Lagern verbracht.
Durch die Urteile und deren Vollstreckung sollte offensichtlich ein Exempel statuiert werden. Das Komitee zur Unterstützung Nazarians - ein anderer armenischer Oppositioneller, der vor kurzem zu 5 Jahren Lager und 2 Jahren Exil verurteilt wurde - wies darauf hin, daß zwischen 1965 und 1974 fünfzig Personen festgenommen und verurteilt wurden, weil sie für die Unabhängigkeit ihres Landes eingetreten sind. In der Stadt Eriwan hat es 1974 allein neun politische Prozesse gegen 18 Armenier gegeben, die zu Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 10 Jahren verurteilt wurden.

Polen

Die polnische Oppositionsbewegung hat vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen und einer Reihe von Arbeitskämpfen bedeutende Erfolge erzielt, die in den deformierten Arbeiterstaaten beispielhaft sind. Im September '78 wurde die Arbeiterzeitung 'Ruch Zwiazkowij' von Aktivisten, die der Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (ROBCIO) nahestehen und von Angehörigen der freien Gewerkschaft von Kattowitz in der Stadt Lodz herausgegeben. Einige Monate vorher, im Juli '78, entstand an der Ostseeküste eine andere Arbeiterzeitung - der 'Robotnik Wybreza', die sich in ihrer ersten Nummer mit Arbeitsbedingungen - der Arbeitsmedizin, der Kantinen der Schiffswerft von Gdansk, der Preisentwicklung etc. - auseinandergesetzt hat. Die am weitesten verbreitete Zeitung ist der 'Robotnik' ('Der Arbeiter') - Organ von KSS/KOR (Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung). Der 'Robotnik' erreicht eine Auflage von ca. 10.000 Stück. Die Zeitung soll mit dazu beitragen, eine "unabhängige Organisation, den Keim einer Arbeiterorganisation" zu gründen. J.Litynski, Redakteur des 'Robotnik' und Mitglied des KSS/KOR erklärt zu seinem politischen Standort: "Weder ich noch, soviel ich weiß, meine Genossen sind Marxisten; ... Wenn wir uns an die Arbeiter wenden, dann deswegen, weil wir glauben, daß sie in der gegenwärtigen Gesellschaft Polens und den anderen Ländern des Ostens diejenigen sind, die von der Ausbeutung am meisten betroffen werden. Sie werden nur selten befragt, obwohl ihre Stimme, die Stimme des direkten Produzenten, in die Beurteilung miteinbezogen werden müßte, in der Gesellschaft entscheidend sein sollte. Ich bin nicht Marxist; aber ich teile das egalitäre Ideal;..." (Eine ausführliche Wiedergabe dieses Interviews wird in der nächsten Nummer der 'permanenten revolution' erfolgen)

Nicaragua

Luis Medrano Flores, Generalsekretär der Confederation Unificacion Sindical (CUS), einer Gewerkschaftsdachorganisation Nikaraguas, wurde am 9.Jänner ermordet. Während er zur Vorbereitung einer Demonstration gegen die Somoza-Diktatur Flugblätter verteilte, wurde er auf offener Straße erschossen. Der ÖGB und der 'Internationale Bund freier Gewerkschaften' (IBFG), dem die CUS angehört, haben an Somoza 'ähnliche' Protesttelegramme geschickt. Sie verlangen eine "gerichtliche Untersuchung dieses Mordes und eine strenge Bestrafung der Mörder von Luis Medrano Flores.".

in denen der Kapitalismus zu Fall gebracht wurde.
Und trotzdem wurde am 29. Jänner 1920 gesetzlich die allgemeine Arbeitspflicht in der Stadt und auf dem Lande eingeführt. "Seit Beginn des Jahres 1920 wurden - auf eine Initiative Leo Trotzkis hin -, Einheiten der Roten Armee an der 'Front der Arbeit' eingesetzt und mit Holzfällen, Strassenarbeiten und Schienenreparaturen beschäftigt...

Ende 1920 wurden drei Geburtsjahrgänge... militärisch mobilisiert...
Die Militarisierung der Arbeit begründete Trotzki mit dem katastrophalen wirtschaftlichen Zerfall" (aus: Gert Meyer, Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrusslands 1921-1923, S. 30-31) Jenen Personen, die der Arbeitsmobilisierung nicht Folge leisteten, drohten harte Strafen, die von Lohnentzug bis hin zur Anklage beim Disziplinargericht wegen Sabotage reichten. Auch die Abschaffung des Geldes und der Übergang zu Naturalwirtschaftsformen waren notwendige Konsequenzen der Einschränkung des freien Handels und der Ausweitung des staatlichen Verteilungssystems.
"Am 19. Jänner 1920 wurde die Volksbank, in der alle früheren russischen Banken zusammengefasst worden waren, aufgelöst, da ihr keine wirtschaftliche Funktion mehr zukam" (Meyer, S. 37) Also auch in diesem Punkt finden wir starke Parallelen zur kambodschanischen Situation. Die schlechte Versorgungslage der Bürgerkriegsjahre hatte auch in der Sowjetunion zur Entvölkerung der Städte geführt, da die Versorgung auf dem Lande noch einigermassen funktionierte. "Infolge des Hungers wanderten zahlreiche Arbeiter auf das Land ab, und dieser Wegzug war neben dem Aufbau der Armee und des neuen Staatsapparates eine wichtige Ursache für die weitgehende Auflösung des Industrieproletariats..." (Meyer, S. 24/25)
Moskau verlor in den Jahren 1917 bis 1920 49% seiner Einwohner!

Hunger, Schwerarbeit, Terror auf allen Ebenen waren Ausdruck der vor sich gehenden ursprünglichen Akkumulation, die in der Phase der partiellen Kapitalisierung Russlands nicht möglich gewesen war, da Russlands Industrie vom ausländischen Kapitalimport abhing, der eigenständige nationale Industrialisierung eher behinderte als förderte. Und diese Akkumulation wurde nachgeholt auf den politischen Grundlagen des Arbeiterstaates, der zugleich darum kämpfen musste, das Wertgesetz auszuschalten, um sozialistische Produktionsformen aufbauen zu können.

DIE CHINESISCHE REVOLUTION UND DIE URSPRÜNGLICHE SOZIALISTISCHE AKKUMULATION

Auch die chinesische Revolution stand vor dem Problem der ursprünglichen Akkumulation, mit der zusätzlichen Erschwernis weniger Industrie und damit weniger qualifiziertes Proletariat für den Aufbau des neuen Staates zu haben, zum Grossteil auch geschwächt durch die verbrecherische Politik der Komintern und der

KLASSENJUSTIZ IN DER BRD

Prozeß gegen den KB

Am 12. Jänner begann vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozeß gegen den Verlag J.Reents ("Arbeiterkampf") wegen der Herausgabe des Buches "Nach Schleyer - Sonderkommandos in der BRD - zügiger Ausbau der neuen Gestapo"(erschienen als Nr. 5 der Antifaschistischen Russell-Reihe). Die Anklage erfolgte aufgrund von Strafanträgen, die vom Präsidenten des BKA, dem Polizeipräsidenten von Hamburg, gestellt wurden. Die Anklage lautet nach § 90a auf "Staatsverunglimpfung" und "Beleidigung". Der Sinn des Prozesses ist es, die eindeutige Benennung und vor allem die politische Bewertung der Ereignisse in der BRD nach Schleyer (Wiederverschmelzung von Polizei und Geheimdienst, Bildung von Sonderkommandos mit weitreichenden Kompetenzen, Aufrüstung von Polizeieinheiten und Ausdehnung des Spitzelsystems) zu bestrafen. Um die Anklage nach § 90a aufrechterhalten zu können, bedient sich die Klassenjustiz dabei Mittel, die wir nun schon recht gut kennen. Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen, von ihren Argumenten abgeschnitten und zurechtgestutzt. Aber auch direkte Fälschungen sind im Register der Justiz enthalten: Im Buch wird z.B. ein Vergleich zwischen den Sonderkommandos in der BRD und den Killerkommandos faschistischer Diktaturen gezogen. In der Anklageschrift wird daraus flugs eine Gleichsetzung. Genosse Reents, der Angeklagte, ging in seiner Erwiderung zur Anklageschrift auf verschiedene Aspekte der Meinungs- und Pressefreiheit ein und wies anhand von Beispielen und Zitaten die heutige Praxis der Gesinnungsverfolgung in der BRD nach. Die Verteidigung bezog sich in ihrem Antrag auf Einstellung des Verfahrens auf zahlreiche Gutachten und wissenschaftliche Ausarbeitungen, die den § 90a als eindeutig verfassungswidriges Sondergesetz ausweisen. Der Verteidiger belegte anhand von Beispielen die schützende Rolle des Staates und der Justiz gegenüber faschistischen Banden und zeigte auf, daß die Staatsanwaltschaft weder in der Lage noch willens sei, die im Russell-Buch Nr. 5 angeführten Tatsachen anzuzweifeln oder gar zu widerlegen. Dieser Antrag der Verteidigung wurde ohne jede Prüfung des angebotenen Beweismaterials und ohne weitere Erklärung vom Gericht abgewiesen. Immerhin konnte die Verteidigung eine Gesamtlesung und damit eine Gesamtbeurteilung des Buches erreichen, die in den darauffolgenden Prozeßtagen durchgeführt wurde.

Am 8.2.1979 und am 15.2.1979 (dem 5. und 6. Prozeßtag) legte die Verteidigung in einem neuerlichen Antrag umfangreiches Beweismaterial zu folgenden Aspekten der Repression in der BRD vor:

- *Zum bewußten und planmäßigen Aufbau von polizeilichen Sonderkommandos unter staatlicher Leitung und unter Ausschaltung jeglicher demokratischer Kontrollmöglichkeit,*
- *zu dem Einsatz der GSG 9 in Mogadischu und der damit verbundenen Mißachtung der Verfassungsgrundsätze*
- *und zum personellen Aufbau von Polizei - und Geheimdienstapparat, in denen Alt-Nazis führende Positionen innehaben.*

DIE HALTUNG DES STAATSANWALTES ZU DEN VERTEIDIGUNGSANTRÄGEN

Je mehr Tatsachen und Beweise die Verteidigung anführen konnte, umso klarer wurde die immer brutaler und zynischer werdende Vorgangsweise der Anklage. Ihr geht es nicht im geringsten mehr um die Aufrechterhaltung eines Scheines "demokratischer Justiz", ihr geht es ausschließlich um möglichst rasche und strenge Bestrafung von Genossen Reents und um Maßnahmen zur Abschreckung. In arroganter Manier erklärte der Staatsanwalt den Beweisantrag als "wilde Schaumschlägerei", als "Durcheinander" und überhaupt für völlig ungeeignet. "Es sei hier nicht möglich und Aufgabe der Verteidigung, allgemein bekannte Tatsachen, die niemand anzweifelt, als Gegenstand eines Beweisantrages einer Bewertung zu unterziehen." Für den Staatsanwalt ist also eine Feststellung bereits Wertung. Der Staatsanwalt bzw. die bürgerliche Klassenjustiz weigert sich, aus den "allgemein bekannten Tatsachen" wie Sonderkommandos, faschistische Banden usw. Schlüsse zu ziehen. Nichtsdestoweniger behält sie es sich vor, ein Buch, das diese allgemein bekannten Tatsachen aufzeigt, zu verbieten. Die Methoden, mit denen der Staatsanwalt die Ablehnung der Beweisanträge forderte, zeigte sich vollends, als er sich im Zusammenhang mit der GSG 9-Aktion in Mogadischu zu der Bemerkung hinreissen ließ: "Daß auch Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und?" Diese Bemerkung wurde trotz ausdrücklicher Bestätigung durch den Staatsanwalt im darauffolgenden Prozeßtermin (und bisher letzten Termin) durch einen Beschluß des Richters aus dem Protokoll gestrichen. Einen weiteren Antrag der Verteidigung, den Verfasser und den Herausgeber des "Stern" - Buches "SOS-Freiheit in Deutschland" als Zeugen zu vernehmen, stieß auf die gleiche, nun schon bekannte, sture Ablehnung beim Staatsanwalt. Eine Wertung von Tatsachen, von wem auch immer, sei unbedeutend.
Auf Details der Beweisanträge könne er nicht eingehen, er lehne sämtliche Anträge der Verteidigung ab. Dieses arrogante Verhalten des Staatsanwaltes brachte den Richter in die Verlegenheit, nun ohne "Entscheidungshilfe" selbst über die Beweisanträge der Verteidigung Bescheid zu wissen. Kurz entschlossen vertagte der Richter die Verhandlung mit der Begründung, er würde im nächsten Prozeßtermin eine Entscheidung "in toto", (d.h. im ganzen), fällen.

Spenden für diesen Prozeß an folgendes Konto:
Arbeiterhilfe e.V., Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Konto Nr. 12443653, Vermerk: Prozesse gegen Russell-Buch 5

KPCh im Jahre 1927, als grosse Teile des chinesischen Proletariats seinem Henker (Tschiang Kai-Schek) ausgeliefert und entsetzlich dezimiert wurden.

Auch die chinesische KP stützte sich, wie die KP Kambodschas fast ausschliesslich auf die bäuerlichen Massen: "Vor der Machtergreifung erklärte die Partei, sie habe etwa dreieinhalb Millionen Mitglieder. Innerhalb dieser Gesamtzahl war das Arbeiter-Element sehr schwach und hat auch im Höchstfall 5% nicht überschritten." (aus: Peng Shu Tse, Die chinesische Revolution)

Auch in der chinesischen Entwicklung werden wir auf Schritt und Tritt mit Zwangsarbeit auf dem Lande konfrontiert: Deportationen von Personen, die nicht die offizielle Linie vertraten, Massenaufgebote aus der schulischen und studentischen Jugend für die jährlichen Ernten, Strafversetzungen in Ungnade gefallener Beamter, enormer Leistungsdruck auf den Schultern der Bauern und Landarbeiter waren Massnahmen, um den Aufbau einer eigenständigen chinesischen Wirtschaft zu unterstützen.

Kambodscha verfügte nicht über die anfängliche Hilfe der Sowjetunion, auf die sich die chinesische Bürokratie stützen konnte, und Kambodscha ist weit weniger als alle anderen deformierten Arbeiterstaaten Asiens vom Kapitalismus durchdrungen worden, konnte daher die schwachen Ansätze städtischer Industrie mit den Mitteln, die den Machthabern zur Verfügung standen, kaum nutzbar machen. Die einzigen Ressourcen, auf die man zurückgreifen konnte, waren die agrarischen, die Evakuierungen der Städte sind von daher aus dem Bedarf an Arbeitskraft für die Landarbeit zu erklären, sicherlich aber auch Ausdruck der Gefahr, die Städte nicht mehr mit ausreichenden Nahrungsmitteln versorgen zu können.

BOROKRATIE - EIN OBER-HISTORISCHES PHANOMEN?

Wir meinen, dass der Autor des SOAK-Artikels lediglich moralisch an die Frage herangegangen ist, wenn er schreibt: "Die Beschränkung auf die Landwirtschaft und die Evakuierung der Städte (vor allem Pnom Penh) wurden nicht nur mit der als Erbe der imperialistischen Herrschaft übernommenen katastrophalen Ernährungslage und den Notwendigkeiten der inneren Sicherheit argumentiert, sondern es liegt dieser Orientierung eine reaktionäre Vorstellung über die Städte als fremdes und demoralisierendes Element in einer bäuerlichen Gesellschaft zugrunde". Der ganze Artikel leidet unter dieser unzulässigen Abstraktion von den materiellen Grundlagen, die ganz bestimmte Erscheinungen des Oberbaus mit sich bringen. Sobald die Agrarwirtschaft eines Landes der alleinige Träger der gesamten ökonomischen Struktur wird und die Städte aufgrund ihrer schwachen Industrialisierung zur blossen Belastung werden, muss dieser Umstand notwendigerweise seinen Niederschlag in der Ideologie der Machthaber finden, die wie alle stalinistischen Bürokratien von sich aus nicht die für den Aufbau der Industrie notwendige Mobilisierung der Arbeiterklasse anstreben. Bisher hatten alle Arbeiterstaaten in ihrer Aufbauphase auf die Wirtschaftsstrukturen des gestürzten Regimes zurückgegriffen, bevor sie in der Lage waren, funktionierende planwirtschaftliche Wirtschaftsgefüge aufzubauen. Erst die tendenzielle Veränderung zugunsten der planwirtschaftlich gelenkten Ökonomie kann darüber entscheiden, ob die Mechanismen des Wertgesetzes tatsächlich überwunden worden sind. Ohne die Entwicklung der Wirtschaft Kambodschas beobachtet zu haben, ist es grober Vulgärmaterialismus, die oberflächlich gleichartigen Erscheinungen der kambodschanischen Verhältnisse mit denen der asiatischen Despotien zu vergleichen. Eine derartige Methode führt schliesslich zu der von Karl Wittfogel auch gezogenen Konsequenz, dass die Sowjetunion selbst nichts anderes darstellt, als die Weiterentwicklung der asiatischen Despotie, eine Einschätzung, die ihm als Deckmantel für seinen Antikommunismus diente!

War es der klimatische, materielle Druck, der die Völker Asiens in das System der kollektiven Bewässerungsgesellschaften zwängte, das einer enormen staatlichen Organisierung (Verwaltungsapparat) bedurfte und zur Despotie führte, so sind die stalinistischen bürokratischen Strukturen dagegen keineswegs von der historischen Stufe der Produktivkräfte abhängig, sind sie doch gleichermassen in ehemals imperialistischen Ländern (DDR, Polen, Tschechoslowakei) wie in ehemals kolonialen oder halbkolonialen unterentwickelten Ländern (China, Kuba, Vietnam, Korea, Kambodscha) fähige Träger der Macht.

Der Autor des SOAK-Artikels scheint davon auszugehen, dass es alleine vom Willen einer Bürokratenschicht abhängt, ob der Charakter der Produktionsverhältnisse um Jahrhunderte zurückgeschraubt wird, vorbei an den verheerenden Zerstörungen des Imperialismus an ökonomischen wie sozialen Strukturen der unterentwickelten Länder.

Die nationalen Befreiungsbewegungen, und unter ihnen auch die 'Roten Khmer' sind in einer spezifischen Periode des Imperialismus entstanden und unter bestimmten Klassenverhältnissen zur Macht gekommen. Nur aufgrund ihrer, wenn auch nur sehr halbherzig und unter Druck formulierten Ziele der nationalen Befreiung, Bodenreform, Nationalisierung und Planwirtschaft, konnten die stalinistischen KPs Indochinas zu tragenden Faktoren der Befreiungsbewegungen werden. Ihr bürokratisches Eigeninteresse bindet sie an die Wirtschaftsstrukturen des deformierten Arbeiterstaates, die sie auch die Klassenverhältnisse in ihrem Sinne lösen lassen. Eine stalinistische Bürokratie ist eben nicht Bürokratie an sich, die über allen Produktionsformen stehen kann und nach ihrem subjektiven Willen, eine vorkapitalistische oder auch eine planwirtschaftlich gelenkte Ökonomie nach dem Vorbild der Sowjetunion einführen kann.

Südvietnam konnte von Anfang an sowohl durch die Unterstützung Nordvietnams wie auch der Sowjetunion städtische Betriebe in seinem Wiederaufbauprogramm miteinbeziehen. Qualitativ handelt es sich jedoch um keine progressivere Wirtschaftsform als jene, die wir in Kambodscha vorfinden. ●

****

KURZ KOMMENTIERT

****

KPÖ: Rotweißrot...

"US-Kampfpanzer um 660 Millionen kommen - Steyr-Werke schauen durch die Finger!" - mit dieser Schlagzeile alarmierte die 'Volksstimme', Zentralorgan der KPÖ, am 7.2.79 ihre Lesergemeinde über die ganz und gar unpatriotische Absicht des österreichischen Verteidigungsministeriums, 50 Panzer in den USA zu kaufen. "Kann sein, daß man im Bundesheer wirklich der Ansicht ist, man brauche dringend ein paar mittelschwere Kampfpanzer... Wir lassen den Herrn Generälen ihren Glauben. Aber solche Panzer könnte man auch in Österreich herstellen. Dann wären wenigstens einige österreichische Arbeitsplätze gesichert worden...So aber wandern 6 Millionen ins Ausland. Zur Sicherung amerikanischer Arbeitsplätze - und amerikanischer Rüstungsprofite.", kommentiert ein gewisser 'jan' das Geschehen, und Steyr-Betriebsrat Maschek (Linksblock) meint dazu: "Der Standpunkt der Kommunisten zum Bundesheer ist bekannt. Aber wir sind der Ansicht, wenn schon Panzer, dann wenigstens österreichische..."

Dieser chauvinistische Ausfall ist nur eines der schlimmsten Beispiele für das Gejammer, welches die KPÖ jedesmal aufführt, wenn ihr die Verflechtung des österreichischen Kapitals mit dem internationalen bewußt wird. Ständig auf der Suche nach dem eigenen, nationalen Weg können wir tagtäglich das elende Schauspiel der Anbiederung an die "antimonopolistische" Bourgeoisie erleben, die ewig lächerlichen Versuche, sich neben der SPÖ als zweite reformistische Partei verantwortungsbewußt (und hoffentlich irgendwann einmal auch ein bißchen "staatstragend") zu etablieren. Der 60. Geburtstag der Partei voriges Jahr gab den Anlaß für sie, den weißen Streifen, den die revolutionären Arbeiter und Soldaten 1918 aus der österreichischen Nationalfahne gerissen hatten, wieder dort einzusetzen: 60 Jahre KPÖ - rot-weiß-rot bis in den Tod!

FORTSETZUNG VON SEITE 24

sich die KPÖ schon ein bisschen intensiver mit den Angeklagten auseinandersetzen, wird sie doch immer wieder von ihren gewünschten Bündnispartnern - den Sozialisten und Christen - des Radikalismus verdächtigt.

Da stellte der 'Volksstimme'-Redakteur 'jan' die rein rhetorische Frage "Linke' vor Gericht?". Die Antwort hat er schon längst parat - "Söhnchen aus gutbürgerlichen Haus"! Und um zu beweisen, dass sie trotz aller "linken Phrasen" Feinde der Arbeiterbewegung sind, vergleicht er die Angeklagten mit den "Roten Brigaden", denen er eine organisatorische (!) Verflechtung mit den italienischen Faschisten unterstellt. Im Grunde genommen ist diese Argumentation der KP so alt wie die stalinistische Entartung der ehemals kommunistischen Parteien. Immer wieder wurden politische Strömungen, die sich dem antikapitalistischen Kampf verschrieben haben und sich auf die Arbeiterbewegung beziehen,als Feinde der Arbeiterbewegung, als zumindest "objektiv faschistisch" denunziert.

Äusserst besorgt zeigt sich die KPÖ, wenn sie über die möglichen Auswirkungen der politischen Erklärungen der angeklagten Genossen räsoniert: "Diese Verzerrung und Diskreditierung tatsächlicher (!) politischer Freiheitsbewegungen erfüllt denn schliesslich auch eine wirkliche politische Funktion: Sie ermöglicht es den Gegnern fortschrittlicher Kräfte, mit solchen "politischen Erklärungen" zu operieren und Leute ihres Schlages und solcher wie der RAF-Terroristen mit der Arbeiterbewegung und vor allem den Kommunisten in einen Topf zu werfen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür lieferte noch am Montag die neonazistische ANR, die vor und im Gerichtsgebäude Flugblätter verteilte, in denen der antifaschistische Kampf mit dem Terrorismus gleichgesetzt wurde."

In einem haben die Nazis der ANR tatsächlich recht - und das passt der KP überhaupt nicht in den Kram. Die angeklagten Genossen haben sich im antifaschistischen Kampf mehr engagiert als irgendeine Organisation der KP. Während die KP ihre Verteidigungslinien stets vor den Türen ihrer Organisationslokale bezog, haben sich die angeklagten Genossen der direkten Konfrontation mit den Faschisten der ANR ausgesetzt. Die verurteilten Genossen haben sich im militanten antifaschistischen Kampf immer als solidarischer erwiesen als die KPÖ, deren Wirken sich über die obligaten 'Verbots'-Demos hinaus immer nur auf die Sabotage jeder einzelnen antifaschistischen Aktion beschränkte.

DIE MAOISTEN...

...des KBÖ unterscheiden sich kaum von den Stellungnahmen der KPÖ. Sie erkennen zwar die "Entschlossenheit der Bourgeoisie, hier ein Exempel zu statuieren", in der konkreten Stellungnahme zu den verurteilten Genossen übernehmen sie aber kritiklos die Diffamierungskampagne der bürgerlichen Massenmedien. Gen. Gratt ist nach ihnen ein Mensch, "der sich in seiner 'Terroristenrolle' ausserordentlich gut gefällt". Und alle drei zusammen sind "harmlose Wirrköpfe", die nicht wissen, was sie tun und was sie sagen. Allerdings - und das ist der einzige wesentliche und positive Unterschied zur KPÖ - heben sie klarer die politische Bedeutung der Urteile hervor, dass "mit diesem Urteil alle fortschrittlichen Menschen in den Geruch des Terrorismus und der Kriminalität gebracht werden (sollen) und auch allen fortschrittlichen Menschen, die praktische Konsequenzen aus ihren politischen Ansichten ziehen, gedroht werden (soll)." Abgesehen davon, dass der KB kein Wort über eine eventuelle Solidarität mit den verurteilten Genossen verliert - offensichtlich sind sie für ihn keine Genossen - , reduziert sich die Kritik des KB angesichts seiner Politik gegen die Repression zu einem unverbindlichen Geplapper. Denn niemals und nirgends hat der KB Initiativen gegen die zunehmende Repression im Gefolge der Palmersentführung gesetzt. Nicht einmal von einer Beteiligung des KB am Kampf gegen die Terrorhetze kann die Rede sein. Entweder versuchen sie nun ihre Passivität zu kaschieren oder sie stehen tatsächlich permanent daneben, wenn sie die Haltung der Studenten zur Zeit der Palmersentführung (!) folgendermassen beschreiben: "Die Wiener Studenten weisen allerdings geschlossen und einmütig sowohl die Hetze der bürgerlichen Medien, als auch die Polizeipraktiken zurück."

Es ist einfach unglaublich, welche Lehren der KB aus dem Rückzug fast aller linken Kräfte während der Terrorhetze 1977/78 zieht. Diesen Rückzug hat es niemals gegeben, was braucht der KB da noch viel an den Konsequenzen seiner politischen Linie der Kapitulation herumzutüfteln.

Die Maoisten haben bis auf austauschbare Phrasen keine Antwort auf die Vorgangsweise des bürgerlichen Staatsapparates zu den verurteilten Genossen, zu der Terrorhetze der Bourgeoisie, die auch die fortschrittlichen Kräfte betrifft, gegeben. Aber in bestimmten Situationen ist keine Antwort auch eine Stellungnahme!

FREIHEIT FÜR DIE VERURTEILTEN GENOSSEN!

Während die GRM darüber mirakelt, dass diese Genossen immerhin aus dem 'linken Lager kommen', ohne darüber Auskunft zu geben, ob sie ihrer Ansicht nach noch zur 'Linken' gehören, müssen wir entschieden den antikapitalistischen Anspruch der verurteilten Genossen gegenüber den linken Diffamierungen verteidigen. Wenn sich die Genossen während des Prozesses für die Strategie des bewaffneten Kampfes ausdrücklich ausgesprochen haben, dann haben sie ebenso ausdrücklich ihre antikapitalistische Gesinnung unterstrichen. Denn es gibt absolut keinen Zweifel, dass die Anhänger des individuellen Terrors der RAF oder der 'Bewegung 2. Juni' stets klar den Imperialismsus und die kapitalistische Ausbeutung als ihren Hauptfeind benannt haben. Nur 'linke' Pharisäer können über ihre Erklärungen und über ihre programmatischen Aussagen hinwegsehen. Und wenn die Genossen ihre Gesinnung in die Tat umsetzen, dann ist das für uns kein 'Tatbestand', sondern die praktische Bestätigung ihrer antikapitalistischen Ausrichtung. Wir trauern nicht um Schleyer und haben kein Mitleid für Palmers. Und die Krokodilstränen, die die GRM so manches Mal über die Leibwächter des Herrn Schleyer fliessen hat lassen, stossen bei uns auf wenig Erwiderung. Es ist klar - und wir haben das oft genug betont -, dass wir die Strategie des bewaffneten Kampfes ablehnen. Aber nicht aus moralischen, humanistischen Gründen, sondern deswegen, weil es sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder bestätigt hat, dass die Arbeiterklasse über den Weg des individuellen Terrors nicht zur sozialistischen Revolution, zum bewaffneten Aufstand gelangen kann. Das ist jedoch eine Differenz, die sich innerhalb der allgemeinen Diskussion um die revolutionäre Strategie bewegt, d. h. eine Differenz im Rahmen der Linken.

Wir sehen deshalb keinen Grund, diese Genossen gegenüber dem bürgerlichen Staat nicht zu verteidigen. Wir verteidigen diese Genossen, weil wir jede Einmischung des bürgerlichen Staates in die Angelegenheiten der Linken grundsätzlich ablehnen. Wir haben das schon wiederholt, auch gegen die mit den Behörden durchaus kooperationsbereiten Organisationen der KPÖ und des KB (siehe 'pr' 23 und 24/25), zum Ausdruck gebracht. Wir weisen jeden Anspruch der Klassenjustiz zurück, Genoss(inn)en wegen ihrer Gesinnung und wegen ihrer antikapitalistischen Praxis abzuurteilen und ins Gefängnis zu stecken. Das war so bei den Prozessen gegen antifaschistische Genossen und das ist heute so bei den verurteilten Genossen, die sich für den individuellen Terror ausgesprochen haben. Wir begnügen uns nicht, für die Genossen allein bessere Haftbedingungen zu fordern. Wir verbinden derartige Initiativen mit der grundsätzlichen Forderung nach Freiheit (Freilassung) der verurteilten Genossen. Auch wenn diese Forderung eine Frage des Kampfes ist und sich als solche entsprechend dem Kräfteverhältnis der Klassen in Österreich vorwiegend als propagandistischer Natur erweist, ist es bitter notwendig,die Klassenlinie aufzuzeigen.

FREIHEIT FÜR PITSCH, GRATT UND KEPPLINGER!



permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Palmers-Prozeß: Verurteilungen nach Plan!

Der Prozess gegen O. Keplinger, T. Gratt und R. Pitsch im Zusammenhang mit der Entführung des Industriellen Palmers beherrschte für eine Woche die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, die tagtäglich noch vor dem Urteilsspruch die Richtigkeit der Verurteilungen von den Massenmedien eingetrichtert bekam. Es war nicht schwer, den Ausgang der Verhandlung vorauszusagen. Lediglich eine Frage blieb vorerst offen: Wie weit würde die Klassenjustiz gehen? Die harten Urteile haben dies mittlerweile beantwortet. 14 Jahre, elf Monate und fünfzehn Tage für Gen. Gratt, während Gen. Pitsch sechseinhalb Jahre und Gen. Keplinger fünf Jahre unbedingt erhielten. Mit diesen Strafen bestätigte das Geschworenengericht die Anklage des "Verbrechens der erpresserischen Entführung" für alle drei Angeklagten. Gerade im Falle der Genossen Pitsch und Keplinger aber hat das Gericht durch diese Urteile den politischen Charakter dieses Prozesses selbst bestätigt.

Das Gericht hatte gegen diese Genossen keinen einzigen Beweis in der Hand, ausser einem zweifelhaften Geständnis von Pitsch, das dieser während der Gerichtsverhandlung als von der Staatspolizei erzwungen wiederrief. "Politische Freunde belastende Aussagen kamen laut Pitsch zustande, nachdem ihm Staatsbeamte in die Hoden getreten, Daumen in die Schläfen und Finger ins Kiefer gebohrt hatten." ('profil', Nr. 8, 20. 2. 1979) Der (inzwischen pensionierte) Untersuchungsrichter Stieglitz erhärtete indirekt diese Anschuldigungen. Von T. Gratt darauf angesprochen, musste er zugeben, damals ihm gegenüber zum Geständnis von Pitsch gesagt zu haben: "Diese Aussage dürfen Sie nicht so ernst nehmen, der Pitsch ist kein Verräter, denn ich weiss, wie diese Angaben vor der Stapo zustande gekommen sind." Und die Zeitschrift 'profil' weiss über die Stapo zu berichten: "Ein Zitat aus der Voruntersuchung macht im Saal 14 die Runde: Man möge doch, hatte ein Staatspolizist räsoniert, den verstockten Thomas Gratt 'uns überlassen'. Bewährte Methoden würden ihn zum Reden bringen."

In diesem Licht sind die Bemühungen des Staatsanwaltes und der Massenmedien zu sehen, Pitsch als "Verräter" hinzustellen.
Die Angeklagten haben gegen diese Urteile Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Letzten Informationen zufolge sollen die Berufungsverfahren im Juni stattfinden.

DIE TAKTIK DER KLASSENJUSTIZ

Es ist oft falsch hinter jeder Massnahme der Klassenjustiz oder der Polizei etc. eine konzentrierte Aktion der Bourgeoisie zu sehen. Oft regelt die 'normale' Mechanik der bürgerlichen Herrschaft automatisch ihre Probleme, wie es z. B. bei einem Grossteil der Antifaschisten-Prozesse durchwegs der Fall war. Zu diesem Prozess allerdings hat es eine ersichtliche funktionierende Koordination zwischen Behörden, Massenmedien und Politikern gegeben.

Es war schon relativ frühzeitig bekannt, dass der Prozess in einer Woche durchgepeitscht werden sollte. Dadurch wollte man zweifellos mögliche Solidaritätsaktionen erschweren bzw. gleich im Ansatz unterbinden. Die Öffentlichkeit im Gerichtssaal selbst wurde sorgfältig von der Polizei geregelt. Pressefotografen, Redakteure, bundesdeutsche 'Polizeikollegen' u. a. wurden ohne Umschweife und Schwierigkeiten eingelassen. Ansonsten fanden nur noch einige wenige Linke zu den Verhandlungen Zutritt. Vorher mussten jedoch diese 'Auserwählten' mehrere Kontrollen und die Registrierung durch die Staatspolizei über sich ergehen lassen. Der überwiegende Grossteil - durchschnittlich 30-40 Interessierte - kam über die vor dem Verhandlungssaal gebildete Polizeiabsperrung nicht hinweg und wurde schliesslich auch noch von den Polizeioffizieren aufgefordert, "freiwillig" abzuziehen. Dadurch war auch schon für die richtige Kulisse im Gerichtssaal gesorgt.

Die wichtigsten Anliegen - die Verhinderung einer "Politisierung" dieses Prozesses von links und eine einigermassen glaubhafte Kriminalisierung der Angeklagten - konnte von der Justiz ziemlich erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Die Massenmedien, die offensichtlich von den Behörden informative Anweisungen erhalten hatten, versuchten erst gar nicht, auf den politischen Gehalt dieses Prozesses einzugehen. Durch unzählige Diffamierungen liessen sie keinen Zweifel offen, dass sie die angeklagten Genossen vor der Bevölkerung persönlich fertig machen wollten. Kindheit-Jugend-Familie-Unreife! Dieser Argumentationskreis sollte den politischen Motiven und Aussagen der Angeklagten von vornherein, ohne im einzelnen auf sie einzugehen, die Ernsthaftigkeit und Berechtigung absprechen. In keiner Zeitung (bis auf die Zeitschrift 'profil') wurden die Standpunkte der Angeklagten wiedergegeben, noch irgendwie in den verschiedenen Artikeln behandelt. Im Gegenteil: Die Berichterstattung beschränkte sich im wesentlichen auf die (klarerweise) "abnormen" Verhaltensweisen der Angeklagten und auf die formalen Aspekte ihrer Aussagen und Erklärungen.

Allerdings muss man hinzufügen, dass die angeklagten Genossen durch tatsächlich vorhandene Schwächen den Massenmedien diese Vorgangsweise erleichterten. Hervorzuheben ist hier besonders die gemeinsame Erklärung vom ersten Prozesstag (siehe Kasten), die nicht gerade dazu angebracht war, die Grundlage für einen verständlich geführten politischen Prozess abzugeben.

Im grossen und ganzen ist die Taktik der Klassenjustiz, den politischen Charakter der Gerichtsverhandlungen zu verschleiern, aufgegangen - nicht zuletzt auch wegen der Passivität der meisten linken Organisationen (wir verteilten vor dem Prozess ein Flugblatt, in dem wir Freilassung der angeklagten Genossen forderten. Ansonsten gab es in der sich wieder einmal totstellenden Linken keine anderen Initiativen für eine breite Solidarität) -, obwohl sie es nicht vollständig erreichte, den Prozess als Kriminalverhandlung abzuwickeln.

DIE HALTUNG DER KPÖ

Die KPÖ hat sich natürlich, wie es anders nicht zu erwarten war, voll auf die Seite der bürgerlichen Hetzer gestellt. Allerdings fühlte sie sich durch die politischen Erklärungen der angeklagten Genossen sichtlich herausgefordert, sich auch politisch mit dem Prozess zu befassen. Während sich die 'Arbeiterzeitung' (Zentralorgan der SPÖ) im Laufe einer Woche nur einmal in der Kolumne des ehrenwerten Chefredakteurs M. Scheuch herabgelassen hatte, den Terrorismus zu verdammen (natürlich: Terrorismus = Faschismus), musste

FORTSETZUNG AUF SEITE 23